

Materialien

26

Stefan Bach und
Erika Schulz

Fortschreibungs- und Hochrechnungs-
rahmen für ein Einkommensteuer-
Simulationsmodell

Berlin, Mai 2003



DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

DIW Berlin
Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin
Tel. 030 897 89-0
Fax 030 897 89-200
www.diw.de

ISSN 1619-4551



DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Stefan Bach

Erika Schulz

Fortschreibungs- und Hochrechnungsrahmen für ein Einkommensteuer-Simulationsmodell

Projektbericht 1

zur Forschungs Kooperation „Mikrosimulation“

mit dem Bundesministerium der Finanzen

Berlin, Dezember 2002

DIW Berlin, 14191 Berlin

sbach@diw.de, eschulz@diw.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Projektionen zu Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung Erwerbstätigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung.....	5
2.1	Bevölkerung nach dem Familienstand	5
2.2	Erwerbsbeteiligung.....	11
2.3	Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit	14
2.4	Produktivität, Sozialprodukt, Einkommen und Preisniveau	22
3	Fortschreibung der Steuerpflichtigen	25
3.1	Konzept der statistischen Fortschreibung	25
3.2	Steuerpflichtige nach Familienstand und Alter	26
3.3	Steuerpflichtige nach Erwerbsstatus	30
3.4	Konsistente Anpassung der Mikrodaten auf die Rahmenvorgaben	33
4	Fortschreibung der steuerpflichtigen Einkünfte und steuerrelevanten Ausgaben	34

1 Einleitung

Im Rahmen des längerfristigen Forschungsprojekts „Mikrosimulation“ entwickelt das DIW Berlin in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF, IA5) ein Einkommensteuer-Simulationsmodell. Dieses basiert auf fortgeschriebenen Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik. Da die Einkommensteuerstatistik 1998 voraussichtlich erst im Frühjahr 2003 zur Verfügung stehen wird, muss weiterhin auf die 1995er Daten zurückgegriffen werden.

Um Steuerschätzungen und Strukturanalysen am aktuellen Rand oder für die nächsten Jahre durchzuführen, werden die Querschnitts-Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik in wesentlichen steuerrelevanten Merkmalen bis 2008 fortgeschrieben.¹ Hierzu wird ein Konzept der statischen Fortschreibung („*static aging*“) verwendet: Für ausgewählte Merkmale werden Rahmendaten vorgegeben, auf die der Steuerstatistik-Datensatz durch Umgewichtung der Einzeldaten angepasst wird.

Voraussetzung dafür sind geeignete Leitdaten für die wesentlichen steuerrelevanten Merkmale – also statistische Informationen bis an den aktuellen Rand (2001/2002) sowie Projektionen bis 2008. Hierzu wird auf Angaben von Fachstatistiken, vor allem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und des Mikrozensus (MZ) zurückgegriffen, für den Projektionszeitraum bis 2008 werden, ausgehend von aktuellen Konjunkturprognosen für die nächsten Jahre, eigene Szenariorechnungen entwickelt.

Die Fortschreibung der Steuerpflichtigen bis 2008 wird nach folgenden Merkmalen durchgeführt, die so weit wie möglich miteinander kombiniert werden:

- Familienstand (Grund-/Splittingtabelle),
- Alter,
- soziale Stellung bzw. Status im Erwerbsleben (Selbständige, Arbeitnehmer (Arbeiter/Angestellte), Beamte, Erwerbslose, Nichterwerbspersonen).

¹ Die Aufbereitung und Fortschreibung der Stichprobe orientiert sich grundsätzlich an der Vorgehensweise, wie sie vom Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik FIT Fraunhofer Gesellschaft (vormals GMD) im Rahmen des Projektes „Datengrundlage für das ESt-Mikromodell des BMF“ entwickelt wurde. Vgl. Hermann Quinke: Erneuerung der Stichprobe des ESt-Modells des Bundesministeriums der Finanzen auf Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995. Projektbericht April 2001; sowie: Hermann Quinke: Eine Stichprobe für das ESt-Modell des Bundesministeriums der Finanzen auf Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1992. Projektbericht Juni 1998.

Die simultane Anpassung des Einzeldatensatzes auf die Vorgaben für mehrere Merkmale wird nach dem Prinzip des „minimalen Informationsverlustes“ durchgeführt.

In einem weiteren Schritt sind die steuerpflichtigen Einkünfte und die steuerrelevanten Ausgabenpositionen (Werbungskosten, persönliche Abzugsbeträge) fortzuschreiben. Dazu wird auf die entsprechenden Werte je wirtschaftliche Einheit anhand von Informationen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sowie weiterer Fachstatistiken zurück gegriffen; diese Daten werden über den Projektionszeitraum (bis 2008) fortgeschrieben.

In diesem Projektbericht wird die Vorgehensweise bei der Fortschreibung beschrieben; dabei werden wesentliche Leitdaten und Vorgabewerte für Steuerpflichtige und steuerrelevante Einkommens- und Ausgabenpositionen dokumentiert.

2 Projektionen zu Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung Erwerbstätigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung

2.1 Bevölkerung nach dem Familienstand

Basis für die Fortschreibung der Steuerpflichtigen ist die Bevölkerungsentwicklung. Neben der zahlenmäßigen Entwicklung der Einwohner nach Alter und Geschlecht ist eine Differenzierung der Bevölkerungsdaten nach dem Familienstand erforderlich: Zum einen werden Ehepaare bei der Einkommensteuer gemeinsam veranlagt, sie unterliegen z.B. dem Splittingtarif, zum anderen haben verheiratete Frauen ein deutlich anderes Erwerbsverhalten, was bei der Fortschreibung der Erwerbsbeteiligung eine Rolle spielt.

Entwicklung 1991 bis 1999

Angaben über den Familienstand liegen aus den jährlichen Bevölkerungsfortschreibungen² des Statistischen Bundesamtes vor. Grundsätzlich kann zwischen dem Früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern unterschieden und der Zeitraum ab 1991 betrachtet werden.³

Im relativ kurzen Zeitraum zwischen 1991 und 1999 hat sich die Verteilung nach dem Familienstand deutlich gewandelt (Tabelle 2-1). Insgesamt ist der Anteil der Verheirateten und Verwitweten zurückgegangen, während der Anteil der Ledigen und Geschiedenen gestiegen ist. Obwohl die Bevölkerungsentwicklung in West- und Ostdeutschland unterschiedlich verlief – Bevölkerungszunahme in West- und Bevölkerungsabnahme in Ostdeutschland – weist die Anteilsveränderung zwischen 1991 und 1999 in beiden Landesteilen die gleiche Entwicklung auf: Steigende Anteile der Ledigen (+1,3 %-Punkte) und sinkende Anteile der Verheirateten (-1,6 bzw. -1,7 %-Punkte). Dennoch bestanden auch 1999 weiterhin Unterschiede in der Familienstandsstruktur zwischen West- und Ostdeutschland. In Westdeutschland war der

² Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung, Wiesbaden verschiedene Jahrgänge. Daneben gibt es Angaben zum Familienstand der Bevölkerung in Privathaushalten aus dem Mikrozensus.

³ Eine Schwierigkeit bei der Differenzierung nach dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern besteht darin, dass im Jahre 1995 die regionale Abgrenzung geändert wurde: Seit 1995 wird Berlin dem früheren Bundesgebiet zugerechnet, zuvor gehörte Berlin-Ost zu den neuen Bundesländern. Um eine kontinuierliche Zeitreihe der Bevölkerung nach dem Familienstand für das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer in der ursprünglichen und auch für die Vorausschätzung zugrunde gelegten Abgrenzung zu ermitteln, mussten Umrechnungen erfolgen. Dazu wurde eine eher pragmatische Vorgehensweise gewählt. Es wurde die auf der Grundlage des früheren Bundesgebietes einschließlich Berlin-Ost innerhalb der Altersgruppen ermittelte prozentuale Verteilung des Familienstandes der Jahre 1995 bis 1999 jeweils auf die entsprechende Bevölkerung des früheren Bundesgebietes ohne Berlin-Ost übertragen. Die jeweilige Differenz zu den gesamtdeutschen Ergebnissen ergibt dann die Werte für Ostdeutschland.

Anteil Verheirateter und Geschiedener geringer als in Ostdeutschland und dementsprechend der Anteil Lediger höher. Bei den Verwitweten gab es keine gravierenden Unterschiede.

Die Veränderung der Bevölkerung nach dem Familienstand wurde durch verschiedene Einflussgrößen geprägt. Zum einen hat sich die Zahl der Einwohner verändert. So ist die Einwohnerzahl in Westdeutschland zwischen 1991 und 1999 um 2,7 Millionen gestiegen, in Ostdeutschland hat die Bevölkerung um 655 000 abgenommen. Zum zweiten hat sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eine Alterung der Bevölkerung stattgefunden. Der Anteil der 60-Jährigen und Älteren ist in Westdeutschland von rund 21 % im Jahre 1991 auf 23 % im Jahre 1999, in Ostdeutschland von 19 % auf 23 % gestiegen. Da sich der Familienstand im Lebenslauf ändert, bewirkt bereits die Alterung an sich eine Verschiebung in den Anteilen der Familienstände. Zum dritten hat sich das Verhalten in Bezug auf Eheschließungen und Ehescheidungen geändert und die Lebenserwartung ist weiterhin gestiegen.⁴

Seit Anfang der fünfziger Jahre hat die Heiratsneigung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland generell nachgelassen. Mit der Wende fand jedoch in Ostdeutschland ein rapider Einschnitt statt: Die Eheschließungen halbierten sich schlagartig. Obwohl langsam wieder eine Erholung einsetzte, lag auch 1999 die Heiratsneigung deutlich unter dem westdeutschen Niveau. In Westdeutschland scheint sich die Heiratsneigung in den letzten Jahren dagegen stabilisiert zu haben.

Die nachlassende Heiratsneigung war begleitet von einer steigenden Scheidungshäufigkeit. In Westdeutschland wird gegenwärtig etwa jede dritte Ehe geschieden; in Ostdeutschland ging zunächst die Scheidungshäufigkeit in den Wendejahren merklich zurück, stieg aber rasch wieder auf rund 30 % an. Abnehmende Heiratsneigung und zunehmende Scheidungshäufigkeit erhöhen die Zahl der Ledigen und Geschiedenen. Diese Entwicklung ist insbesondere in Ostdeutschland deutlich. Die gestiegene Lebenserwartung hingegen bewirkte in den alten Altersjahren eine Zunahme des Anteils Verheirateter.

⁴ Deshalb kann die Entwicklung in einen Niveau-, einen Altersstruktur- und einen Verhaltenseffekt zerlegt werden. Siehe hierzu ausführlicher Erika Schulz: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Familienstandsstruktur. Entwicklung 1991 bis 1999 und Vorausschätzungen bis 2005. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27 (2/2002), S. 213-245.

Tabelle 2-1

Bevölkerung nach dem Familienstand 1991 bis 2008
Männer und Frauen am Jahresende

Jahres- ende	insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	
	in Mill. Personen					Horizontalstruktur in %				
	Deutschland									
1991	80,3	30,9	39,0	6,6	3,7	38,6	48,6	8,2	4,6	
1992	81,0	31,4	39,3	6,6	3,8	38,7	48,5	8,1	4,7	
1993	81,3	31,7	39,3	6,5	3,9	38,9	48,3	8,0	4,8	
1994	81,5	31,8	39,2	6,5	4,0	39,1	48,1	8,0	4,9	
1995	81,8	32,1	39,2	6,5	4,1	39,2	47,9	7,9	5,0	
1996	82,0	33,4	38,1	6,5	4,0	40,7	46,5	7,9	4,9	
1997	82,1	33,6	37,8	6,4	4,1	41,0	46,1	7,8	5,0	
1998	82,0	32,6	38,6	6,4	4,5	39,7	47,0	7,8	5,5	
1999	82,2	32,8	38,5	6,3	4,6	39,9	46,8	7,7	5,6	
2000	82,1	32,9	38,2	6,2	4,7	40,1	46,6	7,6	5,7	
2001	82,1	33,1	38,0	6,2	4,8	40,3	46,3	7,5	5,9	
2002	82,0	33,2	37,8	6,1	4,9	40,4	46,1	7,5	6,0	
2003	82,0	33,3	37,6	6,1	5,0	40,6	45,9	7,5	6,1	
2004	82,0	33,4	37,4	6,1	5,1	40,7	45,6	7,4	6,2	
2005	81,9	33,5	37,2	6,1	5,2	40,8	45,4	7,4	6,3	
2006	81,9	33,6	37,0	6,1	5,2	41,0	45,2	7,5	6,4	
2007	81,8	33,6	36,8	6,1	5,3	41,1	44,9	7,5	6,5	
2008	81,8	33,8	36,6	6,1	5,4	41,3	44,7	7,5	6,6	
	Westdeutschland ¹⁾									
1991	64,5	25,1	31,2	5,4	2,8	39,0	48,4	8,3	4,3	
1992	65,3	25,6	31,6	5,3	2,9	39,1	48,3	8,2	4,4	
1993	65,7	25,8	31,6	5,3	3,0	39,3	48,1	8,1	4,5	
1994	66,0	26,0	31,7	5,3	3,1	39,4	48,0	8,0	4,6	
1995	66,3	26,2	31,6	5,3	3,2	39,5	47,7	7,9	4,8	
1996	66,6	27,5	30,6	5,3	3,1	41,4	46,0	7,9	4,7	
1997	66,7	27,8	30,4	5,2	3,2	41,7	45,6	7,8	4,8	
1998	66,7	26,7	31,3	5,2	3,6	40,1	46,9	7,7	5,3	
1999	66,9	27,0	31,2	5,1	3,7	40,3	46,6	7,6	5,5	
2000	67,0	27,1	31,1	5,0	3,8	40,5	46,4	7,5	5,6	
2001	67,0	27,2	30,9	5,0	3,9	40,7	46,1	7,5	5,7	
2002	67,0	27,3	30,8	5,0	3,9	40,8	45,9	7,4	5,9	
2003	67,0	27,4	30,6	4,9	4,0	40,9	45,7	7,4	6,0	
2004	67,0	27,5	30,5	4,9	4,1	41,1	45,5	7,3	6,1	
2005	67,0	27,6	30,3	4,9	4,2	41,2	45,2	7,3	6,2	
2006	67,0	27,7	30,2	4,9	4,2	41,3	45,0	7,3	6,3	
2007	67,0	27,7	30,0	4,9	4,3	41,4	44,8	7,3	6,4	
2008	67,0	27,8	29,8	4,9	4,4	41,6	44,6	7,4	6,5	
	Ostdeutschland ²⁾									
1991	15,8	5,8	7,8	1,2	0,9	36,8	49,5	7,8	5,9	
1992	15,7	5,8	7,7	1,2	0,9	37,2	49,2	7,8	5,8	
1993	15,6	5,8	7,6	1,2	0,9	37,5	48,9	7,8	5,8	
1994	15,5	5,9	7,6	1,2	0,9	37,7	48,7	7,8	5,8	
1995	15,5	5,8	7,6	1,2	0,9	37,6	48,9	7,9	5,7	
1996	15,4	5,8	7,5	1,2	0,9	37,8	48,6	7,8	5,8	
1997	15,4	5,8	7,4	1,2	0,9	38,0	48,2	7,8	5,9	
1998	15,3	5,8	7,3	1,2	0,9	38,2	47,9	7,9	6,1	
1999	15,2	5,8	7,3	1,2	0,9	38,3	47,7	7,9	6,2	
2000	15,2	5,8	7,2	1,2	1,0	38,3	47,5	7,8	6,4	
2001	15,1	5,8	7,1	1,2	1,0	38,5	47,2	7,8	6,5	
2002	15,0	5,8	7,1	1,2	1,0	38,7	46,9	7,8	6,5	
2003	15,0	5,8	7,0	1,2	1,0	38,9	46,6	7,8	6,6	
2004	15,0	5,9	6,9	1,2	1,0	39,1	46,4	7,9	6,7	
2005	14,9	5,9	6,9	1,2	1,0	39,3	46,1	7,9	6,7	
2006	14,9	5,9	6,8	1,2	1,0	39,5	45,8	7,9	6,7	
2007	14,9	5,9	6,8	1,2	1,0	39,7	45,5	8,0	6,8	
2008	14,9	5,9	6,7	1,2	1,0	39,9	45,2	8,1	6,8	

1) 1995 bis 1999 geschätzte Werte auf Basis der Familienstandsstruktur des Früheren Bundesgebietes einschließlich Berlin-Ost.-
2) Ermittelt als Differenz zu Deutschland insgesamt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Vorausschätzung bis 2008

Vorausschätzungen der Bevölkerung nach dem Familienstand liegen für das frühere Bundesgebiet aus dem Jahre 1990 von Heilig/Prinz und für Deutschland aus dem Jahre 2001 von Quinke vor.⁵ Quinke hat auf der Grundlage der Daten des Mikrozensus über die Bevölkerung nach dem Familienstand und der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes mit Hilfe eines vereinfachten Fortschreibungsansatzes die Bevölkerung nach dem Familienstand bis 2005 berechnet. Dabei wurden für Männer die Verheiratetenquoten aus dem Mikrozensus mit Hilfe der Heiratswahrscheinlichkeit (nur für Jüngere bis 40-45 Jahre (Westdeutschland bzw. 30-35 Jahre (Ostdeutschland)) sowie der Scheidungs- und Verwitmungswahrscheinlichkeit (nur für Ältere ab 45 Jahre (Westdeutschland) bzw. 35 Jahre (Ostdeutschland)) fortgeschrieben. Für die Frauen wurden die Verheiratetenquoten mit Hilfe der relativen Abweichung zu den Verheiratetenquoten der Männer ermittelt. Die so ermittelten Quoten wurden auf die vorausgeschätzte Bevölkerung angewandt, um die Zahl Verheirateter und Nichtverheirateter zu errechnen. Heilig/Prinz betrachteten hingegen die Veränderungen im Familienstand im früheren Bundesgebiet in einem langen Zeitraum von 1970 bis 1986 und setzten zur Vorausschätzung der Bevölkerung nach dem Familienstand das am Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) entwickelte „Multi-State-Projection Model“ ein. In diesem Modell wird die Bevölkerung nach dem Familienstand mit Hilfe der nach Familienstand untergliederten Geburten, Sterbefälle und Wanderungen sowie den Eheschließungsziffern und Scheidungsziffern fortgeschrieben.

In diesem Forschungsprojekt wird eine andere Methode gewählt, die sich an der Vorgehensweise von Heilig/Prinz anlehnt. Grundlage der durchgeführten Fortschreibung⁶ bildet einerseits die Bevölkerung nach Einzelaltersjahren, Geschlecht und Familienstand für West- und Ostdeutschland zum Jahresende 1999, andererseits die um den Basiseffekt korrigierte vorausgeschätzte Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Gebietsstand für die Jahre 2000 bis 2008

⁵ Vgl. Gerhard K. Heilig und Christopher Prinz: Modellrechnungen zur Gliederung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Familienstand. In: *Acta Demographica*, Band 1, 1990, S. 85-106 sowie Quinke (2001), a.a.O., Fn. 1; Darüber hinaus gibt es eine Vorausschätzung des Familienstandes Älterer. Vgl. Charlotte Höhn und Juliane Roloff: *Die Alten der Zukunft. Eine Bevölkerungsstatistische Datenanalyse*. In: *Schriften des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Band Nr. 135, Bonn 1997.

⁶ Ausführlich zur Methode vgl. Erika Schulz: *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Familienstandsstruktur*. a.a.O.

aus der Variante 2a der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 1999.⁷

In der vorausgeschätzten Bevölkerung sind bereits die Alterung der Bevölkerung, die Geburten und Sterbefälle sowie die Wanderungen als wesentliche Fortschreibungsparameter berücksichtigt. Damit konnte die Differenz zwischen der um ein Jahr gealterten Bevölkerung (Basis 31.12.99 auf der Grundlage des Statistischen Bundesamtes) und der vorausgeschätzten Bevölkerung (Basis 31.12.2000 auf Grundlage der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung) als Saldo von Wanderungen und Sterbefälle interpretiert werden. Dieser Saldo wurde auf die Familienstände nach dem Anteil der Familienstände in den jeweiligen Altersjahren aufgeteilt. In einem zweiten Schritt wurde zusätzlich der Wechsel des Familienstandes innerhalb des Jahres berücksichtigt. Der Übergang von einem Familienstand zum anderen wurde mit Hilfe der Eheschließungs- und Ehescheidungsziiffern sowie der Sterbeziffern der Ehepartner des Jahres 1999 vorgenommen.

Die so ermittelte Bevölkerung nach dem Familienstand am Jahresende ist gleich der Bevölkerung am Anfang des nächsten Jahres. Damit kann die Fortschreibung der Bevölkerung nach dem Familienstand für jedes weitere Jahr nach der beschriebenen Methode erfolgen. Dabei werden die Eheschließungs-, Ehescheidungs- und Sterbeziffern für die Vorausberechnungsjahre konstant gehalten. Dies wurde für die Jahre 2000 bis 2008 durchgeführt.

Nach den Ergebnissen der Fortschreibung wird die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2008 81,9 Millionen betragen und damit gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2000 lediglich um 211 000 geringer ausfallen (Tabelle 2-1). Der Anteil der Ledigen wird nach den Berechnungen 40,7 %, der Verheirateten 45,5 % und der Verwitweten und Geschiedenen 13,9 % betragen. Es werden nach wie vor Unterschiede in der Familienstandsstruktur zwischen West- und Ostdeutschland bestehen.

Während die Einwohnerzahl in Deutschland zwischen 2000 und 2008 nahezu konstant bleibt, fällt die Dynamik in den einzelnen Familienständen höher aus. So wird die Zahl Verheirateter um rund 1,1 Millionen abnehmen, die der Ledigen und Geschiedenen um jeweils rund eine

⁷ Vgl. Bettina Sommer: Entwicklung der Bevölkerung bis 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder. In: Wirtschaft und Statistik 1/2001, S. 22-29. In der Variante 2a wird das gegenwärtige Geburtenverhalten in Westdeutschland konstant gehalten und von einer Annäherung der niedrigeren ostdeutschen zusammengefassten Geburtenziffer bis zum Jahr 2005 an das westdeutsche Niveau (1400) ausgegangen. Des weiteren wird eine weitere Erhöhung der Lebenserwartung bis 2050 unterstellt: bei den Männern auf 80,1 Jahre und bei den Frauen auf 86,4 Jahre. Zudem wird mit einem jährlichen Wanderungssaldo von durchschnittlich 200 000 Personen gerechnet.

halbe Million zunehmen und die Zahl Verwitweter nahezu konstant bleiben. Angesichts der 1999 bestehenden Unterschiede im Heirats- und Scheidungsverhalten zwischen West- und Ostdeutschland fällt der anteilmäßige Rückgang in Ostdeutschland bei den Verheirateten höher und die anteilmäßige Steigerung bei den Geschiedenen niedriger aus.

Besonders deutlich wird dies in den einzelnen Altersgruppen. So geht der Anteil Verheirateter in Ostdeutschland in der Altersgruppe der 20- bis 40-Jährigen um rund 12 %-Punkte zurück, während der Anteil Lediger entsprechend höher ausfällt (Tabelle 2-2). Die weiterhin steigende Lebenserwartung einen Rückgang der Zahl und des Anteils verwitweter Frauen insbesondere in den hohen Altersgruppen. Bei den Männern steigt angesichts der höheren Lebenserwartung die Zahl der Männer in den höheren Altersgruppen insgesamt und somit auch die Zahl Verwitweter.

Tabelle 2-2

Veränderung von Bevölkerung und Familienstandsstruktur Männer und Frauen

Altersgruppen	insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	insgesamt	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
	in 1000	in %-Punkten				in 1000	in %-Punkten			
	1999/1991					2008/2000				
Deutschland										
unter 20	236	0,1	-0,1	0,0	0,0	-1 602	0,0	0,0	0,0	0,0
20 - 40	-1 590	7,0	-7,3	-0,1	0,3	-3 326	9,7	-8,2	-0,1	-1,4
40 - 60	745	2,4	-3,9	-0,7	2,2	3 429	6,7	-6,9	-0,7	0,9
60 - 80	2 642	-0,5	4,5	-5,2	1,2	352	0,3	-0,1	-2,5	2,2
80 u. mehr	- 145	-0,9	-1,3	1,6	0,5	819	0,5	4,1	-5,6	1,0
Insgesamt	1 889	1,4	-1,8	-0,6	1,0	- 328	1,2	-1,9	-0,1	0,8
Westdeutschland ¹⁾										
unter 20	978	0,1	-0,1	0,0	0,0	- 908	0,0	0,0	0,0	0,0
20 - 40	-1 130	4,4	-5,0	-0,1	0,7	-3 040	8,4	-7,2	-0,1	-1,1
40 - 60	641	2,5	-4,2	-0,7	2,4	2 938	6,6	-6,7	-0,7	0,8
60 - 80	2 058	-0,4	4,2	-5,2	1,4	323	0,4	-0,2	-2,7	2,5
80 u. mehr	- 86	-1,0	-1,1	1,5	0,6	663	0,3	4,1	-5,6	1,1
Insgesamt	2 461	1,3	-1,8	-0,7	1,1	- 25	1,1	-1,8	-0,2	0,9
Ostdeutschland ²⁾										
unter 20	- 742	0,0	0,0	0,0	0,0	- 694	0,0	0,0	0,0	0,0
20 - 40	- 459	18,5	-17,5	0,0	-1,1	- 286	14,8	-11,8	-0,2	-2,8
40 - 60	104	2,2	-2,9	-0,4	1,2	491	7,2	-8,1	-0,5	1,4
60 - 80	584	-0,6	5,7	-5,2	0,1	28	-0,3	0,7	-1,5	1,1
80 u. mehr	- 60	-0,4	-2,2	2,1	0,5	156	1,3	4,2	-5,8	0,4
Insgesamt	- 572	1,4	-1,8	0,0	0,3	- 304	1,6	-2,2	0,2	0,4
1) Geschätzte Werte auf Basis der Familienstandsstruktur des Früheren Bundesgebietes einschließlich Berlin-Ost.										
2) Ermittelt als Differenz zu Deutschland insgesamt.										
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.										

Ein Vergleich der Entwicklung im Zeitraum 2008/2000 mit der Entwicklung im gleichlangen Zeitraum 1999/91 zeigt, dass sich die Verschiebungen in der Familienstandsstruktur in Westdeutschland etwas abgeschwächt und in Ostdeutschland verstärkt haben (Tabelle 2-2). Die Abschwächung der Anteilsveränderung in Westdeutschland kann auch auf die über den Vorausschätzungszeitraum konstant gehaltenen Eheschließungs- und Ehescheidungsziiffern sowie familienstandsbezogenen Sterbeziffern zurückgeführt werden.

2.2 Erwerbsbeteiligung

Die Zahl der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen hängt neben der demographischen Entwicklung vom Erwerbsverhalten ab. Mit Hilfe des Mikrozensus kann die Anzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige *und* Erwerbslose, letztere, soweit sie Arbeit suchen) auf die jeweilige Bevölkerung in den Altersgruppen bezogen werden. Die so ermittelte Erwerbsquote gibt das Erwerbsverhalten wieder.

Die langfristige Entwicklung der Erwerbsquoten in Westdeutschland zeigt generell einen Trend zur geringeren Erwerbsbeteiligung in den jungen Erwerbsjahren (15-20-Jährige) und in den älteren Erwerbsjahren (60-65-Jährige) (Tabelle 2-3). Hierin kommt die steigende Bildungsbeteiligung und die zunehmende Frühverrentung zum Ausdruck. Während jedoch die Erwerbsbeteiligung in den mittleren Altersjahren bei den Männern nahezu unverändert geblieben ist, ist sie bei den Frauen merklich gestiegen. Insgesamt ist die Erwerbsquote der 15- bis unter 65-Jährigen deutschen Frauen von 47 % 1962 auf 64,5 % 2001 gestiegen. Ausschlaggebend hierfür ist ein Wandel des familien- und gesellschaftlichen Leitbildes, das den Frauen früher eher die Rolle der Mutter und Hausfrau zuschrieb. Das Erwerbsverhalten hat sich zwischen den Generationen gewandelt. Heutzutage kehren immer mehr Frauen nach einer kürzer werdenden familienbedingten Unterbrechungsphase in die Erwerbstätigkeit zurück. In den mittleren Altersjahren sind in Westdeutschland bereits vier von fünf Frauen erwerbstätig.

Tabelle 2-3

Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in West- und Ostdeutschland
Erwerbsquoten¹⁾ in %

Alter von ... bis unter ... Jahren	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	1962	1972	1982	1992	1999	2000	2001	2008 ²⁾	1990	1991	1992	1999	2000	2001	2008 ²⁾	
Männer																
14-15	20,8															
15-20	74,0	51,6	46,0	39,4	34,5	35,0	33,8	35,2	60,2	59,6	50,7	42,5	41,0	38,5	35,7	
20-25	88,7	83,2	81,0	77,7	76,6	76,3	76,7	77,5	84,6	88,9	87,6	84,2	82,0	82,5	79,1	
25-30	95,7	91,5	88,9	86,9	87,6	87,8	87,7	87,5	90,2	96,2	94,9	90,8	91,2	90,3	87,5	
30-35	98,2	97,9	96,4	95,6	95,8	95,8	95,7	95,7	98,2	98,8	98,5	96,8	96,4	96,6	95,9	
35-40	98,0	87,7	97,7	97,4	97,1	96,8	96,8	97,2	98,0	99,1	98,6	97,2	97,2	97,1	97,4	
40-45	97,3	98,5	97,9	97,3	96,1	96,3	96,4	97,2	97,6	99,2	98,6	96,7	96,3	96,8	97,4	
45-50	96,4	97,0	96,5	95,8	95,2	95,0	95,0	95,7	98,2	98,6	98,2	96,0	96,1	95,6	96,7	
50-55	94,2	94,3	93,3	92,9	91,2	91,5	90,9	92,9	96,7	95,3	94,7	93,2	93,0	92,6	93,0	
55-60	89,6	87,3	82,3	81,5	78,6	77,9	78,3	80,6	86,4	72,8	44,0	83,3	82,1	83,1	85,9	
60-65	75,3	72,0	43,6	34,8	33,7	33,2	34,5	38,0	70,0	26,8	16,0	21,4	23,6	26,4	33,0	
65-70	34,3	27,2	9,7	8,0	8,1	8,3	8,3	8,7	14,1	3,4	3,5	3,7	3,8	3,9	5,0	
70-75	20,6	13,9	6,3	4,6	4,8	4,3	4,6	4,8	/	/	/	/	/	/	0,1	
75 u.ä.	10,9	6,8	3,5	2,1	1,9	1,8	1,8	2,4	/	/	/	/	/	/	0,0	
Insgesamt	62,5	58,3	59,1	59,8	56,9	56,2	56,1	56,9		59,9	56,7	58,7	58,2	58,2	60,1	
15-65	90,9	87,4	83,0	82,2	80,3	80,0	80,1	82,2	88,0	86,0	80,8	80,4	79,8	79,7	83,4	
Frauen																
14-15	19,8															
15-20	71,9	50,6	39,2	34,3	27,7	28,4	28,7	31,1	49,5	46,3	42,7	31,1	29,6	30,6	31,0	
20-25	71,2	69,1	71,3	72,5	68,1	67,6	68,0	70,2	86,5	87,2	84,8	73,8	72,5	71,7	71,5	
25-30	51,1	54,7	64,3	72,5	74,4	74,3	74,8	76,1	96,5	96,2	95,1	87,2	84,8	83,8	79,3	
30-35	44,8	48,2	58,8	67,7	74,3	74,6	75,4	77,3	94,0	97,3	97,1	92,6	91,5	90,0	87,0	
35-40	46,2	48,8	58,8	70,2	74,4	75,7	76,7	77,8	97,3	97,7	97,3	93,2	93,6	93,8	90,0	
40-45	46,9	49,3	56,5	72,6	77,2	77,9	79,2	80,6	95,3	96,9	96,6	95,1	94,9	94,1	91,0	
45-50	43,5	50,9	54,5	68,7	75,8	77,1	78,4	79,6	95,7	95,7	95,7	92,9	92,7	93,0	92,0	
50-55	39,6	47,5	49,1	60,8	68,4	69,2	70,1	73,5	88,8	91,4	90,3	88,2	89,0	90,1	86,0	
55-60	33,7	36,8	39,9	45,5	53,1	53,5	55,2	61,0	70,9	37,2	27,1	74,6	76,4	76,9	78,0	
60-65	21,7	20,2	13,3	11,9	14,4	14,9	16,4	18,9	24,3	4,8	2,7	6,3	6,6	9,0	18,2	
65-70	12,0	10,0	4,5	4,0	4,2	4,2	4,2	4,7	7,0	1,2	/	1,6	1,4	1,5	3,3	
70-75	7,3	5,7	2,7	2,0	4,2	4,2	4,2	1,9	/	/	/	/	/	/	0,0	
75 u.ä.	3,0	2,5	1,3	0,7	4,2	4,2	4,2	0,8	/	/	/	/	/	/	0,0	
Insgesamt	32,5	30,8	33,9	39,4	40,5	40,6	41,2	43,1		50,0	48,5	48,5	47,9	48,1	49,3	
15-65	46,9	47,5	51,0	59,5	61,7	62,1	63,2	66,5	79,9	77,2	74,8	73,0	72,2	72,5	75,3	

1) Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung in den jeweiligen Altersklassen. Die Erwerbspersonen umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.- 2) Schätzung.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Ergebnisse des Mikrozensus; Sozioökonomisches Panel; Berechnungen des DIW.

In Ostdeutschland war die Erwerbsbeteiligung der Frauen bereits in der Vergangenheit deutlich höher als in Westdeutschland. Dem sozialistischem Leitbild entsprechend war es auch für Mütter kleiner Kinder selbstverständlich erwerbstätig zu sein. Die weitaus höhere Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen hat sich nach der Wende nur geringfügig verringert.

In den nächsten Jahren wird mit einer weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen in Westdeutschland und einer relativ hoch bleibenden Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen gerechnet. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der Anteil der kinderlos bleibenden Frauen in den Vorausschätzungen auf fast ein Drittel steigt und derjenige mit mehreren Kindern sich weiter verringert. Zum anderen hat die berufliche Karriere für viele Frauen heute und in der Zukunft einen höheren Stellenwert als bei den vorangegangenen Generationen. Die Änderung des Erwerbsverhaltens wird sich insbesondere bei Frauen mit einem oder zwei Kindern bemerkbar machen. Da immer mehr Frauen die Erwerbstätigkeit zugunsten der

Kindererziehung gar nicht oder nur für kurze Zeit unterbrechen, wird der familienbedingte Rückgang der Erwerbsbeteiligung in den mittleren Altersjahren wesentlich geringer ausfallen als heute.

Neben dieser zunehmenden Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen wird das künftige Erwerbsverhalten von zwei weiteren Einflüssen geprägt: den Regelungen in Bezug auf die Altersgrenze des Rentenzugangs und den Regelungen der Erwerbsminderungsrente. Nach dem Rentenreformgesetz 1999⁸ wird seit Anfang 2000 das Zugangsalter für die Altersrente für Frauen schrittweise auf 65 Jahre erhöht. Ein vorzeitiger Rentenbeginn ist zur Zeit mit Abschlägen von 0,3 % pro Monat möglich. Auch die Altersgrenze für langjährig Versicherte wird schrittweise auf 65 Jahre erhöht. Auch hier ist ein vorzeitiger Rentenbezug mit Abschlägen verbunden. Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der Rentenversicherung wird zur Zeit über weitere Änderungen im Rentensystem nachgedacht. So wird von Mitgliedern der Kommission nachhaltige Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme („Rürup-Kommission“) eine Erhöhung der Altersgrenze auf 67 Jahre und eine deutliche Erhöhung der Rentenabschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn vorgeschlagen. Damit sollen die Anreize frühzeitig in Rente zu gehen, merklich reduziert werden.

Neben der Erhöhung des Rentenzugangsalters wird die Neuregelung der Erwerbsminderungsrente,⁹ die den Zugang zu dieser Rentenart erheblich einschränkt, zu einem verstärkten Verbleiben älterer Erwerbspersonen im Arbeitsmarkt führen. Auch in diesem Bereich sind nach der aktuellen Diskussion weitere Einschränkungen nicht auszuschließen. Insgesamt werden mehr Personen als heute gezwungen sein, ihre Lebensarbeitszeit zu verlängern. Die Möglichkeit des frühzeitigen Bezugs der Altersrente sowie auch das noch gültige Altersteilzeitgesetz werden jedoch in den nächsten Jahren den Anstieg der Erwerbsquote moderat ausfallen lassen. Hinzu kommt, dass Arbeitgeber in schwierigen wirtschaftlichen Situationen – wie in der Vergangenheit bereits beobachtet – ältere Mitarbeiter vermutlich drängen werden, frühzeitig das Altersruhegeld zu beantragen, auch unter Inkaufnahme von Abschlägen.¹⁰ Insgesamt werden die Änderungen im Rentenrecht jedoch langfristig zu einer höheren Erwerbs-

⁸ Vgl. Rentenreformgesetz 1999 vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2998) geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3843).

⁹ Vgl. Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vom 20.12.2000, BGBl. I S. 1827.

¹⁰ Volker Meinhardt: Späterer Renteneintritt belastet Arbeitsmarkt. In: Wochenbericht des DIW Berlin, 14/1999.

quote Älterer führen. Dem ist hier in einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung in den älteren Erwerbsjahren Rechnung getragen worden.

Die Zahl der Erwerbspersonen wird bis zum Jahr 2008 auf 41,5 Millionen steigen (Tabelle 2-4). Dabei wird der Anteil ältere Arbeitnehmer weiter zunehmen bis auf 13,3 % im Jahr 2008. Angesichts der abnehmenden Einwohnerzahl Ostdeutschlands nimmt auch die Zahl der Erwerbspersonen hier leicht ab. Das Arbeitskräfteangebot erhöht sich somit ausschließlich in Westdeutschland.

Tabelle 2-4

**Erwerbspersonen 2000, 2002, 2005 und 2008 nach Altersgruppen
Insgesamt**

Altersgruppen	Früheres Bundesgebiet				Neue Bundesländer				Deutschland			
	2000	2002	2005	2008	2000	2002	2005	2008	2000	2002	2005	2008
in 1000												
15 - 20	1 141	1 146	1 247	1 317	377	368	346	258	1 518	1 514	1 593	1 575
20 - 25	2 550	2 662	2 749	2 802	710	792	808	785	3 260	3 454	3 557	3 587
25 - 30	3 216	3 140	2 955	3 026	702	693	787	887	3 918	3 833	3 743	3 914
30 - 35	4 619	4 604	3 778	3 287	981	990	823	765	5 600	5 594	4 601	4 052
35 - 40	4 816	5 212	5 120	4 513	1 199	1 234	1 088	958	6 015	6 446	6 208	5 471
40 - 45	4 354	4 688	5 160	5 379	1 120	1 192	1 251	1 175	5 474	5 880	6 411	6 554
45 - 50	3 900	3 990	4 338	4 783	1 113	1 117	1 122	1 193	5 013	5 107	5 460	5 976
50 - 55	3 286	3 444	3 613	3 840	779	885	1 036	1 036	4 065	4 330	4 649	4 876
55 - 60	2 904	2 463	2 589	2 991	859	669	615	830	3 763	3 131	3 204	3 821
60 - 65	1 149	1 186	1 139	988	173	215	237	193	1 322	1 401	1 376	1 181
65 - 70	206	217	264	280	23	24	34	43	229	241	298	322
70 - 75	91	91	90	107	6	0	0	0	97	91	90	108
75 und älter	48	61	69	75	2	0	0	0	50	61	69	75
15 - 65	31 935	32 535	32 689	32 926	8 013	8 156	8 114	8 079	39 948	40 690	40 803	41 006
zusammen	32 280	32 904	33 112	33 388	8 044	8 179	8 149	8 122	40 324	41 084	41 261	41 510

Quelle: Mikrozensus; Berechnungen des DIW.

2.3 Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit

Die Erwerbspersonen bilden das Arbeitsangebot ab. Ob dieses Arbeitsangebot auch tatsächlich Beschäftigung findet, hängt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Funktionsweise der Arbeits- und Gütermärkte ab. Im Rahmen dieser Studie wird keine modellgestützte Ableitung der mittel- bis längerfristigen Entwicklung von Arbeitsmärkten und Beschäftigung im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang vorgenommen. Vielmehr werden in Anlehnung an die Trends des letzten Jahrzehnts vor dem Hintergrund möglicher Entwicklungslinien der kommenden Jahre plausible Annahmen zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit getroffen.

Informationen zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen im Zeitverlauf finden sich im Mikrozensus und den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), Angaben über

die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die sog. registrierten Arbeitslosen werden von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) veröffentlicht (Tabelle 2-5).

Tabelle 2-5

Erwerbstätige und Erwerbslose nach verschiedenen Statistiken

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR)											
Jahresdurchschnitt in 1000											
Erwerbspersonen	40 632	40 395	40 376	40 501	40 445	40 606	40 932	41 148	41 343	41 752	41 930
Erwerbstätige (Inländer)	38 499	37 885	37 356	37 279	37 330	37 210	37 145	37 554	38 010	38 687	38 856
Selbstständige	3 580	3 642	3 689	3 788	3 832	3 839	3 914	3 974	3 939	4 001	4 081
Arbeitnehmer	34 919	34 243	33 667	33 491	33 498	33 371	33 231	33 580	34 071	34 686	34 775
Erwerbslose (nach ILO)	2 133	2 510	3 020	3 222	3 115	3 396	3 787	3 594	3 333	3 065	3 074
Mikrozensus (MZ)											
Bestand im April d.J. in 1000											
Erwerbspersonen	40 091	40 124	40 179	40 233	40 085	39 987	40 281	40 260	40 508	40 321	40 545
Erwerbstätige	37 448	36 940	36 380	36 073	36 049	35 984	35 805	35 858	36 401	36 599	36 810
Selbstständige ¹⁾	3 560	3 618	3 658	3 774	3 817	3 794	3 888	3 982	3 905	3 965	4 069
Beamte	2 511	2 492	2 483	2 470	2 446	2 461	2 455	2 405	2 388	2 311	2 260
Angestellte, Arbeiter	31 377	30 830	30 239	29 829	29 786	29 729	29 462	29 471	30 108	30 323	30 481
Erwerbslose	2 643	3 184	3 799	4 160	4 036	4 003	4 476	4 402	4 107	3 722	3 735
Beschäftigtenstatistik (BA)											
Bestand Ende Juni d.J. in 1000											
Sozialvers. pflichtig Beschäftigte	.	29 325	28 596	28 238	28 118	27 739	27 279	27 207	27 482	27 825	27 817
Geringfügig Beschäftigte	3 658	4 052	4 132
Registrierte Arbeitslose (BA)											
Jahresdurchschnitt in 1000											
	2 602	2 978	3 419	3 698	3 612	3 965	4 385	4 279	4 100	3 889	3 852
Nachrichtlich: Erwerbslosenquoten in %											
Erwerbslosenquote (ILO, VGR) ²⁾	5,2	6,2	7,5	8,0	7,7	8,4	9,3	8,7	8,1	7,3	7,3
Arbeitsl. quote (nat. Konzept) ³⁾	6,4	7,4	8,5	9,1	8,9	9,8	10,7	10,4	9,9	9,3	9,2
Erwerbslosenquote (MZ)	6,6	7,9	9,5	10,3	10,1	10,0	11,1	10,9	10,1	9,2	9,2
1) Einschließlich mithelfende Familienangehörige.- 2) Erwerbslose (nach ILO) bezogen auf Erwerbspersonen.- 3) Registrierte Arbeitslose (BA) bezogen auf Erwerbspersonen.											
Quellen: Statistisches Bundesamt, VGR-Hauptbericht 2001, Mikrozensus; Bundesanstalt für Arbeit (BA).											

Die im Folgenden dargestellte Fortschreibung der Steuerpflichtigen nach dem Erwerbsstatus stützt sich grundsätzlich auf Datenbasis und Definitionen des Mikrozensus. Damit kann unmittelbar an die Vorausberechnungen zu den Erwerbspersonen angeknüpft werden (vgl. den vorangehenden Abschnitt), ferner enthält der Mikrozensus jährliche Informationen zu den hier relevanten Erwerbstätigen Gruppen – Selbstständige, Arbeitnehmer (Arbeiter/Angestellte), Beamte, Erwerbslose. Diese Informationen fließen auch in die VGR ein, die als weitere wichtige Informationsquelle den Bezug zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und damit zu den Einkommensaggregaten herstellt (vgl. den folgenden Abschnitt 2.4). So leitet etwa der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ das Lohnsteueraufkommen anhand der fortgeschriebenen Arbeitnehmer im Inland und deren pro-Kopf-Einkünften ab.¹¹

¹¹ Dazu Heinz Gebhardt: Methoden, Probleme und Ergebnisse der Steuerschätzung. In: RWI-Mitteilungen 52 (2001), 2, S. 138 ff.; vgl. auch Alfred Boss, Thomas Elendner: Ein Modell zur Simulation des Lohnsteueraufkommens in Deutschland. Kieler Arbeitspapier Nr. 988. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Juni 2000.

Die Angaben von Mikrozensus und VGR zu den Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmern umfassen auch die (ausschließlich) geringfügig Beschäftigten.¹² Diese sind aber nicht steuerpflichtig: Seit der Reform zum 1. April 1999 gilt zwar weiterhin die pauschale Lohnbesteuerung (§ 40a EStG), jedoch sind die Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung seitdem steuerfrei, wenn die Summe der anderen Einkünfte des Arbeitnehmers nicht positiv ist (§ 3 Nr. 39 EStG).¹³ Auch in den vorangehenden Jahren (z.B. den Stichjahren der Einkommensteuerstatistik 1995 und 1998) mussten die pauschal besteuerten geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer keine Lohnsteuerkarte abgeben. Sie sind daher nicht in der hier fortzuschreibenden Einkommensteuerstatistik 1995 nachgewiesen. Ferner enthalten die VGR- und MZ-Aggregate der Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmer auch die Wehr- und Zivildienstleistenden, die ebenfalls nicht einkommensteuerpflichtig sind.

Diese Hintergründe legen es nahe, bei der Fortschreibung der steuerpflichtigen Arbeitnehmer insbesondere die geringfügig Beschäftigten auszuklammern. Hierbei handelt es sich um eine beachtliche Gruppe – sie umfasst gegenwärtig mehr als 4 Mill. Beschäftigte (Tabelle 2-5). Allerdings gibt es Meldeinformationen der Sozialversicherungsträger zu dieser Gruppe erst seit der Reform von 1999 an (erstmalig für den Stand Juni 1999). Die Zahlen liegen seitdem deutlich über den Werten, die der Mikrozensus für die entsprechende Gruppe nachweist und die bis zu diesem Zeitpunkt in die Erwerbstätigenberechnung eingeflossen waren.¹⁴ Das Statistische Bundesamt hat daraufhin in der VGR die Anzahl der Arbeitnehmer bis zum Anfang der 90er Jahre revidiert und im Ergebnis deutlich nach oben korrigiert.¹⁵ Da es jedoch keine durchgängige Zeitreihe zu den geringfügig Beschäftigten veröffentlicht, kann aus den zugänglichen VGR-Informationen kein entsprechendes VGR-Aggregat abgeleitet werden, das den einkommensteuerpflichtigen Arbeitnehmern entspricht.¹⁶

¹² Nach den weitgehend übereinstimmenden Definitionen beider Informationssysteme gelten als *Erwerbstätige* alle Personen, die einer Erwerbstätigkeit oder auch mehreren Erwerbstätigkeiten nachgehen, *unabhängig* von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit. Für die Zuordnung als Erwerbstätiger ist es unerheblich, ob aus dieser Tätigkeit der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird oder nicht. *Geringfügig Beschäftigte* sind im Steuer- und Sozialrecht Personen, die geringfügige Beschäftigungen oder Tätigkeiten ausüben, die regelmäßig weniger als 15 Stunden in der Woche umfassen und deren Arbeitsentgelt die festgeschriebene Entgeltgrenze von 325 Euro brutto (von 2003 an: 400 Euro) monatlich regelmäßig nicht überschreitet

¹³ Seitdem unterliegt der Bruttolohn aus geringfügiger Beschäftigung der Sozialversicherungspflicht.

¹⁴ Zu den verschiedenen Informationsquellen bis zu diesem Zeitpunkt vgl. IAB werkstattbericht 9/1998.

¹⁵ Dazu ausführlich Quinke (2001), a.a.O., Fn. 1, S. 70 ff.

¹⁶ Zu einer Rückrechnung auf Grundlage der Arbeitszeitrechnungen des IAB vgl. jedoch Quinke (2001), a.a.O., Fn. 1, S. 72 ff.

Als geeigneter Fortschreibungsindikator für die abhängig Beschäftigten (ohne Beamte) bieten sich die Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an (Tabelle 2-5). Bei dieser Gruppe handelt es sich um die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer¹⁷, die in nahezu allen Fällen (lohn-)steuerpflichtig sind. Die Beamten und Selbständigen können auf Grundlage des Mikrozensus fortgeschrieben werden – hier spielt pauschalbesteuerte bzw. steuerfreie geringfügige Beschäftigung keine Rolle. Zu den nicht erwerbstätigen Beziehern von Alters- und Versorgungsleistungen (Rentner, Pensionäre, Beziehern von Unfall-, Erwerbsunfähigkeits-, Witwen- und Waisenrenten) werden bei der Fortschreibung keine Vorgaben gemacht, sie lassen sich in der Steuerstatistik wie auch in den Leitdaten des Mikrozensus nicht eindeutig identifizieren. Dieser Personenkreis wird zur Gruppe der Nichterwerbstätigen zusammen gefasst. Ebenso wird bei nicht erwerbstätigen Personen mit Vermögenseinkünften verfahren.

Stützbereich der Fortschreibung sind die Ergebnisse von Mikrozensus, Beschäftigungsstatistik und Arbeitslosenstatistik für den Zeitraum von 1991 bis 2001, soweit möglich nach alten und neuen Ländern sowie Männer/Frauen und Altersgruppen differenziert (Tabelle 2-6). Vorgegeben wird ferner die Projektion der Erwerbspersonen bis 2008 (vgl. den vorangehenden Abschnitt 2.2).

Der Fortschreibungszeitraum wird anschließend in zwei Abschnitte zerlegt:

- Für die Jahre 2002 und 2003 lässt sich auf die Vorausschätzungen des Gemeinschaftsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2002¹⁸ zur Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts zurück greifen – in gleicher Weise wird unten bei der Fortschreibung von Produktivität und Einkommen verfahren (Abschnitt 2-4).

¹⁷ Erfasst werden in dieser Statistik Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Zu diesem Personenkreis gehören: Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, sofern es sich bei ihrer Erwerbstätigkeit nicht um eine sogenannte geringfügige Tätigkeit handelt. Eine Beschäftigung wird versicherungsrechtlich dann als eine geringfügige Tätigkeit bezeichnet, wenn sie nur kurzfristig ausgeübt oder nur geringfügig entlohnt wird. Vgl. <http://www-zr.destatis.de/def/def1087.htm>.

¹⁸ Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2002. S. 733 (Tabelle 3.9). <http://www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/docs/02-43-3.html>

- Für den Zeitraum von 2004 bis 2008 werden Annahmen zur Entwicklung der Erwerbslosigkeit getroffen. Das resultierende Ergebnis für die Erwerbstätigen (in Abgrenzung des Mikrozensus, einschließlich der nicht steuerpflichtigen Gruppen) wird dann auf die für die Fortschreibung relevanten Gruppen – Selbständige, sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, Beamte aufgeteilt.

Im Einzelnen wird dabei folgendermaßen vorgegangen (vgl. Tabelle 2-6, dort sind die Annahmen kursiv gesetzt):

- Für die Jahre 2002 und 2003 verwendet die Projektion die Annahmen des Gemeinschaftsgutachtens vom Herbst 2002 zu den registrierten Arbeitslosen. Sie werden anhand der Anteile der letzten Jahre auf alte und neue Länder aufgeteilt.¹⁹
- Anschließend werden für beide Regionen die Erwerbslosen in Abgrenzung des Mikrozensus geschätzt, indem die Relation der Mikrozensus-Erwerbslosen zu den registrierten Arbeitslosen bis 2003 fortgeschrieben wird. Die resultierende Größe wird anschließend auf Männer und Frauen aufgeteilt – gestützt auf die Anteile der letzten Jahre.
- Für die Jahre 2004 bis 2008 werden Annahmen zur Entwicklung der Erwerbslosenquote in Abgrenzung des Mikrozensus getroffen. Unterstellt wird, dass in den alten Länder die Erwerbslosenquote (Männer und Frauen) in Abgrenzung des Mikrozensus schrittweise um 1,1 Prozentpunkte gegenüber 2003 zurück geht, in den neuen Ländern um 2,8 Prozentpunkte. Die resultierende Größe wird anschließend auf Männer und Frauen aufgeteilt – gestützt auf die Anteile der letzten Jahre.
- Die Entwicklung der Erwerbstätigen ergibt sich dann als Differenzrechnung zwischen den fortgeschriebenen Erwerbspersonen und Erwerbslosen.

¹⁹ Bei der regionalen Abgrenzung wird Berlin nicht nach West- und Ostteil aufgeteilt, vgl. ebenda. Daher muss hier auf das Quotenverfahren zurück gegriffen werden.

Tabelle 2-6

Fortschreibung der Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Mill. bzw. in %

	1995	1998	2000	2001	2002 ¹⁾	2003 ¹⁾	2004 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾	Veränderungen			
												absolut		jahresd. in %	
												2008/ 2003	2008/ 2000	2008/ 2003	2008/ 2000
Früheres Bundesgebiet															
Erwerbspersonen (MZ)	31 924	32 079	32 281	32 547	33 011	33 099	33 185	33 219	33 337	33 416	33 496	397	1 215	0,2%	0,5%
männlich	18 637	18 503	18 355	18 390	18 689	18 678	18 673	18 650	18 674	18 691	18 713	35	358	0,0%	0,2%
weiblich	13 287	13 576	13 926	14 157	14 322	14 421	14 512	14 569	14 663	14 725	14 782	361	856	0,5%	0,7%
Erwerbstätige	29 244	29 315	30 009	30 306	30 673	30 751	30 863	30 993	31 203	31 344	31 486	735	1 477	0,5%	0,6%
männlich	17 142	16 900	17 060	17 083	17 310	17 293	17 303	17 337	17 415	17 469	17 528	235	468	0,3%	0,3%
weiblich	12 102	12 415	12 949	13 223	13 363	13 458	13 560	13 656	13 788	13 875	13 958	500	1 009	0,7%	0,9%
% weiblich	41,4%	42,4%	43,2%	43,6%	43,6%	43,8%	43,9%	44,1%	44,2%	44,3%	44,3%				
Erwerbslose	2 680	2 764	2 272	2 241	2 338	2 348	2 323	2 226	2 134	2 072	2 010	- 338	- 262	-3,1%	-1,5%
männlich	1 495	1 603	1 295	1 307	1 379	1 385	1 371	1 313	1 259	1 222	1 186	- 200	- 109	-3,1%	-1,1%
weiblich	1 185	1 161	977	934	959	963	952	913	875	849	824	- 139	- 153	-3,1%	-2,1%
% weiblich	44,2%	42,0%	43,0%	41,7%	41,0%	41,0%	41,0%	41,0%	41,0%	41,0%	41,0%				
Erwerbslosenquote (MZ)	8,4%	8,6%	7,0%	6,9%	7,1%	7,1%	7,0%	6,7%	6,4%	6,2%	6,0%	-1,1	-1,0	-3,3%	-2,0%
männlich	8,0%	8,7%	7,1%	7,1%	7,4%	7,4%	7,3%	7,0%	6,7%	6,5%	6,3%	-1,1	-0,7	-3,1%	-1,3%
weiblich	8,9%	8,6%	7,0%	6,6%	6,7%	6,7%	6,6%	6,3%	6,0%	5,8%	5,6%	-1,1	-1,4	-3,5%	-2,8%
Registrierte Arbeitslose (BA)	2 565	2 904	2 530	2 478	2 572	2 583									
% MZ	95,7%	105,1%	111,4%	110,6%	110,0%	110,0%									
Neue Länder															
Erwerbspersonen (MZ)	8 161	8 181	8 040	7 999	8 138	8 142	8 129	8 107	8 115	8 106	8 081	- 61	41	-0,2%	0,1%
männlich	4 295	4 359	4 321	4 296	4 383	4 391	4 388	4 379	4 383	4 380	4 376	- 15	55	-0,1%	0,2%
weiblich	3 866	3 822	3 719	3 703	3 755	3 751	3 741	3 728	3 732	3 726	3 705	- 46	- 14	-0,2%	0,0%
Erwerbstätige	6 805	6 543	6 590	6 505	6 531	6 493	6 544	6 567	6 613	6 647	6 667	174	77	0,5%	0,1%
männlich	3 799	3 608	3 619	3 548	3 564	3 534	3 548	3 555	3 572	3 592	3 612	79	- 7	0,4%	0,0%
weiblich	3 006	2 935	2 971	2 957	2 967	2 960	2 996	3 012	3 042	3 054	3 055	95	84	0,6%	0,3%
% weiblich	44,2%	44,9%	45,1%	45,5%	45,4%	45,6%	45,8%	45,9%	46,0%	46,0%	45,8%				
Erwerbslose	1 356	1 638	1 450	1 494	1 607	1 649	1 585	1 540	1 501	1 459	1 414	- 235	- 36	-3,0%	-0,3%
männlich	496	751	702	748	819	857	840	824	811	788	764	- 94	62	-2,3%	1,1%
weiblich	860	887	748	746	787	791	745	716	691	671	651	- 141	- 97	-3,8%	-1,7%
% weiblich	63,4%	54,2%	51,6%	49,9%	49,0%	48,0%	47,0%	46,5%	46,0%	46,0%	46,0%				
Erwerbslosenquote (MZ)	16,6%	20,0%	18,0%	18,7%	19,7%	20,3%	19,5%	19,0%	18,5%	18,0%	17,5%	-2,8	-0,5	-2,9%	-0,4%
männlich	11,5%	17,2%	16,2%	17,4%	18,7%	19,5%	19,1%	18,8%	18,5%	18,0%	17,5%	-2,1	1,2	-2,2%	0,9%
weiblich	22,2%	23,2%	20,1%	20,1%	21,0%	21,1%	19,9%	19,2%	18,5%	18,0%	17,6%	-3,5	-2,6	-3,6%	-1,7%
Registrierte Arbeitslose (BA)	1 047	1 375	1 359	1 374	1 478	1 517									
% MZ	77,2%	83,9%	93,7%	92,0%	92,0%	92,0%									
Deutschland															
Erwerbspersonen (MZ)	40 085	40 260	40 321	40 546	41 148	41 241	41 314	41 326	41 451	41 522	41 577	336	1 256	0,2%	0,4%
männlich	22 932	22 862	22 676	22 686	23 072	23 069	23 061	23 030	23 056	23 071	23 090	20	414	0,0%	0,2%
weiblich	17 153	17 398	17 645	17 860	18 077	18 172	18 253	18 297	18 395	18 450	18 487	315	842	0,3%	0,6%
Erwerbstätige	36 049	35 858	36 599	36 811	37 204	37 244	37 406	37 560	37 817	37 991	38 153	909	1 554	0,5%	0,5%
männlich	20 941	20 508	20 679	20 631	20 873	20 826	20 850	20 892	20 987	21 061	21 140	314	461	0,3%	0,3%
weiblich	15 108	15 350	15 920	16 180	16 331	16 418	16 556	16 668	16 830	16 930	17 013	595	1 093	0,7%	0,8%
% weiblich	41,9%	42,8%	43,5%	44,0%	43,9%	44,1%	44,3%	44,4%	44,5%	44,6%	44,6%				
Erwerbslose	4 036	4 402	3 722	3 735	3 945	3 997	3 908	3 766	3 635	3 531	3 424	- 573	- 298	-3,0%	-1,0%
männlich	1 991	2 354	1 997	2 055	2 199	2 243	2 211	2 137	2 069	2 010	1 949	- 293	- 48	-2,8%	-0,3%
weiblich	2 045	2 048	1 725	1 680	1 746	1 754	1 697	1 629	1 565	1 521	1 475	- 280	- 250	-3,4%	-1,9%
% weiblich	50,7%	46,5%	46,3%	45,0%	44,3%	43,9%	43,4%	43,2%	43,1%	43,1%	43,1%				
Erwerbslosenquote (MZ)	10,1%	10,9%	9,2%	9,2%	9,6%	9,7%	9,5%	9,1%	8,8%	8,5%	8,2%	-1,5	-1,0	-3,2%	-1,4%
männlich	8,7%	10,3%	8,8%	9,1%	9,5%	9,7%	9,6%	9,3%	9,0%	8,7%	8,4%	-1,3	-0,4	-2,8%	-0,5%
weiblich	11,9%	11,8%	9,8%	9,4%	9,7%	9,7%	9,3%	8,9%	8,5%	8,2%	8,0%	-1,7	-1,8	-3,7%	-2,5%
Registrierte Arbeitslose (BA)	3 612	4 279	3 889	3 852	4 050	4 100									
% MZ	89,5%	97,2%	104,5%	103,1%	102,7%	102,6%									
% Ost	29,0%	32,1%	34,9%	35,7%	36,5%	37,0%									

1) Fortschreibung auf Grundlage der Annahmen des Gemeinschaftsgutachten vom Herbst 2002 zur Entwicklung des Arbeitsmarkts. - 2) Eigene Fortschreibung.
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Bundesanstalt für Arbeit (BA); Berechnungen des DIW.

Im Ergebnis wird nach diesen Annahmen die Erwerbstätigenzahl in Deutschland bis 2008 um 1,55 Mill. gegenüber 2000 zunehmen. Davon sind 1,25 Mill. auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung zurück zu führen, nahezu ausschließlich in den alten Ländern, während in den neuen Bundesländern das Arbeitsangebot praktisch stagniert. Die Arbeitslosigkeit wird nach dieser Projektion nur um 300 000 Personen zurück gehen, dabei entfällt nur ein kleiner Teil dieses Rückgangs auf Ostdeutschland. – in der Projektion ist der gegenwärtige konjunkturelle Einbruch berücksichtigt, der sich vor allem auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt negativ auswirkt.

Insgesamt handelt es sich bei dieser Vorausschätzung um eine Art „Status quo-Szenario“ zur Entwicklung der Arbeitsmärkte bzw. zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (vgl. auch den folgenden Abschnitt 2.4), das sich eng an die Tendenzen der letzten Jahre anlehnt. Es entspricht in etwa den Annahmen über die mittelfristige Arbeitsmarktentwicklung der Bundesregierung im aktuellen Rentenversicherungsbericht.²⁰ Insbesondere werden keine durchgreifenden Erfolge beim Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit unterstellt, wie sie etwa mit den Hartz-Vorschlägen oder weitergehenden Konzepten zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und zur Ausweitung der Beschäftigung im „Niedriglohnbereich“ angestrebt werden.

Die geschätzten Erwerbstätigen werden anschließend anhand von Mikrozensus-Strukturinformationen der letzten Jahre auf die relevanten Erwerbstätigengruppen – Selbständige, Arbeitnehmer (Arbeiter/Angestellte), Beamte – aufgeteilt (Tabelle 2-7). Dabei wird – in Anlehnung an die Projektion im aktuellen Rentenversicherungsbericht – für die Beamten in den alten Ländern von 2001 bis 2008 ein Rückgang von 100 000 Beschäftigten unterstellt, in den neuen Ländern dagegen eine Zunahme von 40 000 Beschäftigten im gleichen Zeitraum angenommen.²¹ Schließlich werden aus den fortgeschriebenen Angestellten und Arbeitern in Abgrenzung des Mikrozensus die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abgeleitet, gestützt auf die Relation der beiden Größen in den letzten Jahren. Hierbei ist unterstellt, dass der Anteil der geringfügigen bzw. nicht steuer- und sozialabgabenpflichtigen Beschäftigung über die kommenden Jahre bis 2008 konstant bleibt.

²⁰ Rentenversicherungsbericht 2002, Abschnitt 3.3.1.
http://www.bmgs.bund.de/downloads/rente_versicherungsbbericht2002.pdf

²¹ Rentenversicherungsbericht 2002, ebenda.

Tabelle 2-7

Fortschreibung der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf
in Mill. bzw. in %

	1995	1998	2000	2001	2002 ¹⁾	2003 ¹⁾	2004 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾	Veränderungen			
												absolut		jährsd. in %	
												2008/ 2003	2008/ 2000	2008/ 2003	2008/ 2000
Früheres Bundesgebiet															
Erwerbstätige (MZ)	29 244	29 315	30 009	30 306	30 673	30 751	30 863	30 993	31 203	31 344	31 486	735	1 477	0,5%	0,6%
Selbständige¹⁾	3 310	3 421	3 394	3 474	3 484	3 511	3 542	3 567	3 597	3 619	3 642	130	248	0,7%	0,9%
männlich	2 194	2 308	2 318	2 315	2 324	2 335	2 349	2 362	2 378	2 391	2 403	69	85	0,6%	0,5%
weiblich	1 116	1 113	1 076	1 159	1 160	1 177	1 193	1 205	1 219	1 228	1 239	62	163	1,0%	1,8%
Beamte	2 258	2 147	2 037	1 974	1 966	1 952	1 937	1 923	1 909	1 894	1 880	- 72	- 157	-0,7%	-1,0%
männlich	1 634	1 491	1 384	1 320	1 311	1 300	1 290	1 281	1 270	1 261	1 252	- 49	- 132	-0,8%	-1,2%
weiblich	624	656	653	654	655	651	647	643	638	633	628	- 23	- 25	-0,7%	-0,5%
Angestellte und Arbeiter	23 676	23 747	24 578	24 858	25 223	25 288	25 383	25 503	25 698	25 831	25 964	676	1 386	0,5%	0,7%
männlich	13 314	13 101	13 358	13 448	13 674	13 658	13 663	13 695	13 766	13 817	13 873	215	515	0,3%	0,5%
weiblich	10 362	10 646	11 220	11 410	11 549	11 630	11 719	11 809	11 931	12 014	12 092	461	872	0,8%	0,9%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (BA)	22 598	22 075	22 847	23 007	23 290	23 346	23 430	23 539	23 715	23 836	23 958	612	1 111	0,5%	0,6%
männlich	12 917	12 570	12 964	12 983	13 127	13 111	13 117	13 147	13 216	13 264	13 318	206	354	0,3%	0,3%
weiblich	9 681	9 505	9 883	10 024	10 163	10 235	10 313	10 392	10 500	10 572	10 641	406	758	0,8%	0,9%
Soz.vers.pfl. Beschäft. (BA) in % Angest./Arbeiter (MZ)	95,4%	93,0%	93,0%	92,6%	92,3%	92,3%	92,3%	92,3%	92,3%	92,3%	92,3%	0,0	-0,7	0,0%	-0,1%
männlich	97,0%	95,9%	97,1%	96,5%	96,0%	96,0%	96,0%	96,0%	96,0%	96,0%	96,0%	0,0	-1,1	0,0%	-0,1%
weiblich	93,4%	89,3%	88,1%	87,9%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	0,0	-0,1	0,0%	0,0%
Neue Länder															
Erwerbstätige (MZ)	6 805	6 543	6 590	6 505	6 530	6 492	6 543	6 566	6 613	6 646	6 666	174	76	0,5%	0,1%
Selbständige¹⁾	507	561	571	595	590	589	595	599	605	611	618	29	47	1,0%	1,0%
männlich	351	390	392	405	401	398	400	402	405	410	416	18	24	0,9%	0,7%
weiblich	156	171	179	190	190	191	195	197	200	201	202	11	23	1,1%	1,5%
Beamte	188	258	274	287	291	297	303	308	314	320	325	28	51	1,8%	2,2%
männlich	151	187	192	206	209	213	217	221	225	229	233	19	41	1,7%	2,4%
weiblich	37	71	82	81	82	84	86	87	89	91	93	9	11	2,1%	1,5%
Angestellte und Arbeiter	6 110	5 724	5 745	5 623	5 648	5 607	5 645	5 658	5 693	5 715	5 723	116	- 22	0,4%	0,0%
männlich	3 297	3 031	3 035	2 937	2 954	2 923	2 930	2 932	2 942	2 954	2 964	41	- 71	0,3%	-0,3%
weiblich	2 813	2 693	2 710	2 686	2 695	2 684	2 714	2 726	2 751	2 762	2 759	75	49	0,6%	0,2%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (BA)	5 520	5 134	4 978	4 810	4 852	4 846	4 879	4 891	4 922	4 941	4 947	101	- 31	0,4%	-0,1%
männlich	2 960	2 691	2 580	2 461	2 481	2 484	2 491	2 492	2 501	2 511	2 519	35	- 61	0,3%	-0,3%
weiblich	2 560	2 443	2 398	2 349	2 371	2 362	2 388	2 399	2 421	2 430	2 428	66	30	0,6%	0,2%
Soz.vers.pfl. Beschäft. (BA) in % Angest./Arbeiter (MZ)	90,3%	89,7%	86,6%	85,5%	85,9%	86,4%	86,4%	86,4%	86,4%	86,4%	86,4%	0,0	-0,2	0,0%	0,0%
männlich	89,8%	88,8%	85,0%	83,8%	84,0%	85,0%	85,0%	85,0%	85,0%	85,0%	85,0%	0,0	0,0	0,0%	0,0%
weiblich	91,0%	90,7%	88,5%	87,5%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	0,0	-0,5	0,0%	-0,1%
Deutschland															
Erwerbstätige (MZ)	36 049	35 858	36 599	36 811	37 203	37 243	37 405	37 559	37 816	37 990	38 152	909	1 553	0,5%	0,5%
Selbständige¹⁾	3 817	3 982	3 965	4 069	4 074	4 100	4 138	4 166	4 202	4 230	4 259	159	294	0,8%	0,9%
männlich	2 545	2 698	2 710	2 720	2 725	2 732	2 749	2 764	2 783	2 801	2 819	87	109	0,6%	0,5%
weiblich	1 272	1 284	1 255	1 349	1 349	1 368	1 388	1 402	1 419	1 429	1 440	73	185	1,0%	1,7%
Beamte	2 446	2 405	2 311	2 261	2 257	2 249	2 240	2 231	2 223	2 214	2 205	- 43	- 106	-0,4%	-0,6%
männlich	1 785	1 678	1 576	1 526	1 521	1 514	1 507	1 501	1 495	1 490	1 485	- 29	- 91	-0,4%	-0,7%
weiblich	661	727	735	735	737	735	733	730	728	724	721	- 14	- 14	-0,4%	-0,2%
Angestellte und Arbeiter	29 786	29 471	30 323	30 481	30 871	30 895	31 027	31 162	31 391	31 546	31 687	793	1 364	0,5%	0,6%
männlich	16 611	16 132	16 393	16 385	16 628	16 580	16 594	16 627	16 708	16 771	16 836	256	443	0,3%	0,3%
weiblich	13 175	13 339	13 930	14 096	14 244	14 314	14 434	14 535	14 683	14 775	14 851	536	921	0,7%	0,8%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (BA)	28 118	27 209	27 825	27 817	28 143	28 192	28 309	28 430	28 637	28 777	28 906	714	1 081	0,5%	0,5%
männlich	15 877	15 261	15 544	15 444	15 608	15 595	15 608	15 639	15 716	15 775	15 837	242	293	0,3%	0,2%
weiblich	12 241	11 948	12 281	12 373	12 534	12 597	12 702	12 791	12 921	13 002	13 069	472	788	0,7%	0,8%
Soz.vers.pfl. Beschäft. (BA) in % Angest./Arbeiter (MZ)	94,4%	92,3%	91,8%	91,3%	91,2%	91,3%	91,2%	91,2%	91,2%	91,2%	91,2%	0,0	-0,5	0,0%	-0,1%
männlich	95,6%	94,6%	94,8%	94,3%	93,9%	94,1%	94,1%	94,1%	94,1%	94,1%	94,1%	0,0	-0,8	0,0%	-0,1%
weiblich	92,9%	89,6%	88,2%	87,8%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	88,0%	0,0	-0,2	0,0%	0,0%

1) Fortschreibung auf Grundlage der Annahmen des Gemeinschaftsgutachten vom Herbst 2002 zur Entwicklung des Arbeitsmarkts. - 2) Eigene Fortschreibung.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Bundesanstalt für Arbeit (BA); Berechnungen des DIW.

2.4 Produktivität, Sozialprodukt, Einkommen und Preisniveau

Die Projektion von Sozialprodukt und Einkommen basiert primär auf Daten und Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); die relevanten Größen werden über den Projektionszeitraum (bis 2008) fortgeschrieben. Für die Fortschreibung der steuerlichen Einkünfte und Ausgabenpositionen interessiert letztlich die Entwicklung der Werte je Fall (je Steuerpflichtigen), da das sozio-demographische „Mengengerüst“ vorab angepasst wird. Im Folgenden werden die wesentlichen Annahmen zu Produktivität, Einkommen und Preisen dargestellt; die Fortschreibungsindikatoren für die einzelnen Steuervariablen sind unten (Abschnitt 4) beschrieben.

In einem einfachen makroökonomischen Modellrahmen wird die längerfristige Entwicklung von Sozialprodukt und Einkommen durch den Einsatz der Produktionsfaktoren und den allgemeinen Produktivitätsfortschritt bestimmt. In dieser Studie wird keine modellendogene Ableitung der mittelfristigen makroökonomischen Entwicklung in Deutschland vorgenommen. Vielmehr wird, ausgehend von den Annahmen zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit, eine konstante Wachstumsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität über den Projektionszeitraum (2002 bis 2008) vorgegeben. Diese Vorgabe zur Produktivitätsentwicklung sowie die ergänzenden Annahmen zur Preisentwicklung stellen die Basis dar für die Fortschreibungsindikatoren zu den Einkommen je Erwerbstätigen bzw. Steuerpflichtigen. Kombiniert mit den Vorgaben zur Erwerbstätigkeit lässt sich daraus auch eine Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ableiten, die mit anderen Mittel- und Langfristprognosen verglichen werden kann.²²

Die zentralen Komponenten der Vorausschätzung fasst Tabelle 2-8 zusammen, wesentliche Annahmen sind dort kursiv gesetzt. Analog der Vorgehensweise zur Fortschreibung der Erwerbstätigkeit wird für die Jahre 2002 und 2003 die Gemeinschaftsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2002 verwendet. Für den Zeitraum von 2004 bis 2008 wird eine eigene Schätzung vorgenommen.

²² Dazu wird für das Basisjahr b – hier 2001 – die durchschnittliche Arbeitsproduktivität P_b als BIP je Erwerbstätigen E berechnet:

$$P_b = \text{BIP}_b / E_b.$$

Für die Zeitpunkte τ des Projektionszeitraums wird dann ein konstantes Produktivitätswachstum g gegenüber dem Basisjahr angenommen. Multipliziert mit der Zahl der jeweiligen Erwerbstätigen ergibt sich somit das BIP im Jahr τ als:

$$\text{BIP}_\tau = P_b (1 + g)^{(\tau-b)} E_\tau.$$

Ein Blick auf die Wachstumsentwicklung bis 2001 zeigt, dass das BIP gegenüber 1991 jahresdurchschnittlich um 1,5 % gewachsen ist, in der zweiten Hälfte dieses Zeitraums lag die Wachstumsrate etwas höher. Da sich die Zahl der Erwerbstätigen vor allem in der zweiten Hälfte des Beobachtungszeitraums erhöht hat, fiel der Zuwachs der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität *je Erwerbstätigen* vor allem von 1996 bis 2001 deutlich niedriger aus. Hingegen ist das Arbeitsvolumen (gerechnet in Erwerbstätigenstunden) gesunken, so dass der Anstieg der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität *je Erwerbstätigenstunde* höher als das BIP-Wachstum ausfiel. Hierin kommt die deutliche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung einschließlich der geringfügigen Beschäftigung in den 90er Jahren zum Ausdruck.

Für die Fortschreibung bis 2008 wird ein konstanter jährlicher Anstieg der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in Abgrenzung des Mikrozensus von 1,6 % unterstellt. Verglichen mit den letzten Jahren liegt dieser Wert über dem Produktivitätszuwachs je Erwerbstätigen, jedoch unter dem Produktivitätszuwachs je Arbeitsstunde.²³ Diese Vorgabe soll der anhaltenden Tendenz zur Teilzeitbeschäftigung Rechnung tragen; ferner ist zu berücksichtigen, dass sich die unterstellte Ausweitung der Beschäftigung (um 1,55 Mill. von 2001 bis 2008) ebenfalls tendenziell dämpfend auf die Produktivitäts- und Lohnzuwächse auswirkt. Hochgerechnet mit den Schätzungen zur Erwerbstätigkeit resultiert über den gesamten Projektionszeitraum von 2002 bis 2008 ein jahresdurchschnittliches reales BIP-Wachstum von 1,8 %.

Hierbei handelt es sich – wie bereits zur Erwerbstätigenprojektion dargestellt (vgl. den vorangehenden Abschnitt) – um ein eher trendorientiertes „Status quo-Szenario“ zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das im Wesentlichen die Trends der letzten Jahre fortschreibt. Auch andere Autoren kommen im Rahmen ihrer Basisszenarien zu ähnlichen Wachstumsprognosen.²⁴

Für den Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus sowie der Verbraucherpreise über den Zeitraum von 2004 bis 2008 ist eine jährliche Inflationsrate von 1,5 % unterstellt. Diese

²³ Vgl. hierzu auch Deutsche Bundesbank: Zur Entwicklung der Produktivität in Deutschland. In: Monatsbericht September 2002.

²⁴ Prognos rechnet in seinem neuesten „Deutschland-Report“ mit einer ähnlichen Entwicklung – dort wird zunächst bis zum Jahre 2005 eine niedrigere Wachstumsrate von jährlich 1,7 % veranschlagt, im Gesamtdurchschnitt von 2000 bis 2010 liegt sie aber bei 1,9 %. prognos: Der Deutschland Report 2002 – 2020. Analysen, Perspektiven und Prognosen. Basel 2002. http://www.prognos.de/html/p_2_1.html. Vgl. auch die Projektion von Bernd Meyer: A Medium-Term Forecast for the German Economy. Universität Osnabrück und GWS mbH. <http://www.gws-os.de/Downloads/frankfurt2002.pdf>

Annahme orientiert sich am mittelfristigen Inflationsziel bzw. Referenzwert der EZB für das Geldmengenwachstum.²⁵ Daraus ergibt sich – bezogen auf die geschätzte reale Wachstumsentwicklung – ein nominaler Zuwachs des BIP von jahresdurchschnittlich 3,3 % über den gesamten Projektionszeitraum von 2002 bis 2008 bzw. von 3,6 % von 2004 bis 2008.

Auf dieser Grundlage werden die Annahmen über die Einkommensfortschreibung getroffen. Die Lohneinkommen als wichtigste Einkommenskomponente werden explizit je Arbeitnehmer vorgegeben. Unterstellt man, dass die Löhne auch zukünftig in etwa der trendmäßigen Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität plus Inflationsausgleich folgen, ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Lohnanstieg von 3,0 % über den gesamten Projektionszeitraum von 2002 bis 2008 bzw. von 3,1 % von 2004 bis 2008. Diese Werte liegen deutlich über den Annahmen der Bundesregierung im aktuellen Rentenbericht.²⁶

Bei dieser Vorgehensweise wird implizit eine Konstanz der Lohnquote angenommen – die Selbständigen- und Kapitaleinkommen entwickeln sich dann mit ähnlichen Veränderungsraten.

Tabelle 2-8

Fortschreibung von Produktivität, Sozialprodukt, Einkommen und Preisniveau

	Einheit	1995	1998	2001	2002 ¹⁾	2003 ¹⁾	2004 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾	jahresdurchschnittliche Veränderung in %			
												1991/2001	1995/2001	2008/2001	2008/2003
Bruttoinlandsprodukt real ³⁾	Mrd. Euro	1 801	1 876	1 981	1 989	2 017	2 058	2 100	2 148	2 192	2 237	1,5%	1,6%	1,8%	2,1%
Veränderung Vorjahr	%	1,7%	2,0%	0,6%	0,4%	1,4%	2,0%	2,0%	2,3%	2,1%	2,0%				
Erwerbstätige (Inland) VGR	Tsd.	37 382	37 616	38 917	38 733	38 700						0,1%	0,7%		
BIP real je Erwerbstätigen	Tsd. Euro	48,2	49,9	50,9	51,3	52,1						1,4%	0,9%		
Veränderung Vorjahr	%	1,5%	0,9%	0,1%	0,9%	1,5%									
Erwerbstätigenstunden VGR	Mill.	56 836	56 010	56 469	56 049	55 998						-0,5%	-0,1%		
BIP real je Erwerbst. stunde	Euro	31,7	33,5	35,1	35,5	36,0						2,0%	1,7%		
Veränderung Vorjahr	%	2,5%	1,3%	1,0%	1,1%	1,5%									
Erwerbstätige Inländer MZ	Tsd.	36 049	35 858	36 811	37 203	37 243	37 405	37 559	37 816	37 990	38 152	-0,2%	0,3%	0,5%	0,5%
BIP real je Erwerbstätigen	Tsd. Euro	50,0	52,3	53,8	53,5	54,2	55,0	55,9	56,8	57,7	58,6	1,7%	1,2%	1,2%	1,6%
Veränderung Vorjahr	%	1,8%	1,8%	0,0%	-0,7%	1,3%	1,6%	1,6%	1,6%	1,6%	1,6%				
Preisniveau BIP (BIP-Deflator)	Index	100,0	102,8	104,6	106,4	107,6	109,2	110,9	112,5	114,2	115,9	1,8%	0,7%	1,5%	1,5%
Veränderung Vorjahr	%	2,0%	1,1%	1,4%	1,7%	1,2%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%				
Bruttoinlandsprodukt nominal	Mrd. Euro	1 801	1 929	2 071	2 115	2 170	2 248	2 328	2 417	2 504	2 593	3,3%	2,4%	3,3%	3,6%
Veränderung Vorjahr	%	3,8%	3,1%	2,0%	2,1%	2,6%	3,6%	3,5%	3,8%	3,6%	3,6%				
Arbeitnehmerentgelt im Inland je Erwerbstätigen	Mrd. Euro	997	1 031	1 121	1 140	1 173						2,9%	2,0%		
Veränderung Vorjahr	Tsd. Euro	29,7	30,7	32,2	32,9	33,9	35,0	36,1	37,2	38,4	39,6	2,9%	1,3%	3,0%	3,1%
	%	3,6%	1,0%	1,7%	2,3%	3,0%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%				
Nachrichtlich:															
Verbraucherpreisindex ⁴⁾	Index	100,0	104,3	109,6	111,2	113,0	114,7	116,4	118,2	120,0	121,8	2,1%	1,5%	1,5%	1,5%
Veränderung Vorjahr	%	1,6%	1,0%	2,5%	1,5%	1,6%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%				

1) Fortschreibung auf Grundlage der Annahmen des Gemeinschaftsgutachten vom Herbst 2002 zur Entwicklung des Arbeitsmarkts. - 2) Eigene Fortschreibung. - 3) In Preisen von 1995. - 4) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
 Quellen: Statistisches Bundesamt, VGR, Mikrozensus; Berechnungen des DIW.

²⁵ Vgl. Silke Tober: Europäische Geldpolitik: Expansionskurs beibehalten. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 12/2002, S. 209.

²⁶ Rentenversicherungsbericht 2002, a.a.O., Fn. 20, Abschnitt 3.3.1,

3 Fortschreibung der Steuerpflichtigen

3.1 Konzept der statistischen Fortschreibung

Die Steuerpflichtigen werden nach einem Konzept der *statischen* Fortschreibung („*static aging*“) fortgeschrieben: Für ausgewählte steuerrelevante Merkmale werden Rahmendaten vorgegeben; anschließend wird der Steuerstatistik-Datensatz durch Umgewichtung der Einzeldaten auf diese Vorgaben angepasst.

Die Fortschreibung der Steuerpflichtigen bis 2008 basiert auf den Projektionen für die Bevölkerung nach Familienstand und Erwerbsstatus (Abschnitt 2.1 bis 2.3). Im Einzelnen werden Vorgaben nach folgenden Merkmalen gemacht:

- Familienstand (Grund-/Splittingtabelle) nach Geschlecht, Gebiet (alte und neue Bundesländer) und Altersklassen,
- Status im Erwerbsleben (Nichterwerbspersonen, Selbständige, sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, Beamte) nach Geschlecht, Gebiet (alte und neue Bundesländer) und Altersklassen.

Dieses „static aging“-Verfahren ermöglicht eine schnelle und pragmatische Umsetzung von kurz- bis mittelfristigen Fortschreibungsszenarien. Damit sind jedoch eine Reihe von impliziten Annahmen verbunden, die bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten sind. So vernachlässigt die Vorgabe der demographischen Entwicklung auf Personenebene zunächst weitere Veränderungen in den Haushalts- und Erwerbszusammenhängen. Dies betrifft z.B. den ungebrochenen Trend zum Single-Haushalt oder die in Deutschland bisher relativ niedrige Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen mit Kindern – so wird hier zwar die Frauenerwerbstätigkeit insgesamt über höhere Erwerbsquoten hochgesetzt, jedoch nicht differenziert nach Frauen mit und ohne Kindern. Sofern diese Aspekte für einzelne Fragestellungen relevant sind, müssten sie bei der Fortschreibung gesondert berücksichtigt werden.

Grundsätzlich könnten *dynamische* Modelle derartige sozio-ökonomische Veränderungsprozesse differenzierter abbilden, indem sie Veränderungen auf Grundlage expliziter Übergangswahrscheinlichkeiten oder Verhaltensfunktionen modell-endogen ableiten: angefangen vom demographischen Wandel über Veränderungen in der Haushalts- und Familienstruktur oder der Struktur der Einkommens- und Ausgabenkomponenten bis hin zu Modifikationen in

der Einkommensverteilung.²⁷ Allerdings sind solche dynamischen Modell methodisch wesentlich aufwändiger, zudem erfordern sie detaillierte Informationen zu den relevanten Verhaltensreaktionen oder Übergangswahrscheinlichkeiten, die häufig nicht zu gewinnen sind.

Für eine mittelfristige Strukturfortschreibung ist der hier gewählte statische Ansatz in der Regel ausreichend. Entfernt sich der Projektionszeitraum nicht zu weit von der Datengrundlage, ist die Annahme der Konstanz hinsichtlich der nicht explizit angepassten Variablen weniger restriktiv. Je weiter die Querschnittsinformationen des Basisjahres in die Zukunft fortgeschrieben werden, desto problematischer wird jedoch der statische Ansatz.

3.2 Steuerpflichtige nach Familienstand und Alter

Zur Fortschreibung der Steuerpflichtigen nach Alter und Familienstand wird zunächst der Erfassungsgrad der Einkommensteuerstatistik 1995 ermittelt. Dazu wird die Einkommensteuer-Stichprobe nach Familienstand (ledig, verheiratet) und Altersgruppen tabelliert, jeweils getrennt nach alten und neuen Ländern, und auf die entsprechend aufbereitete Bevölkerungsstatistik bezogen (Tabelle 3-1).

Da die Bevölkerungsstatistik nur einzelne Personen nachweist, müssen zusammen veranlagte Ehepaare (die als ein Steuerpflichtiger abgespeichert sind) als jeweils zwei verheiratete Personen gezählt werden. Dies ist möglich, da die Altersangaben für beide Ehepartner in der Regel vorliegen. In Einzelfällen unplausible Altersangaben (z.B. verheiratete Steuerpflichtige unter 14 Jahren), inkonsistente Altersangaben (z.B. Alter des Steuerpflichtigen passt nicht zu Altersentlastungsbetrag) oder fehlende Altersangaben wurden mittels „hot deck“-Imputationsverfahren korrigiert.²⁸

Ehepaare können auch die getrennte Veranlagung wählen; auch dann werden sie hier als Verheiratete im Sinne der Bevölkerungsstatistik eingestuft. Einzeln veranlagte Steuerpflichtige

²⁷ Vgl. Heinz Peter Galler, Notburga Ott: Das dynamische Mikrosimulationsmodell des Sonderforschungsereichs 3. In: Richard Hauser, Notburga Ott, Gert Wagner (Hrsg.): Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Deutsche Forschungsgemeinschaft, Band 2, Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation. Berlin (1994), S. 399-427; Ann Harding: Lifetime Income Distribution an Redistribution - Application of a Microsimulation Model. Amsterdam/London/New York/Tokyo 1993.

²⁸ In Anlehnung an Quinke (1998), a.a.O., S. 16 ff. Dabei werden die Beobachtungen zunächst nach verschiedenen Merkmalen (u.a. Vorhandensein von Alterseinkünften, Familienstand) gruppiert; Fällen mit fehlenden oder unplausiblen Werten wird jeweils der Wert einer zufällig ausgewählten gültigen Beobachtung aus der selben Gruppe zugewiesen.

sowie Steuerpflichtige mit „Gnadensplitting“ nach § 32 a Abs. 6 Nr. 1 EStG²⁹ werden als ledig eingruppiert. Bei getrennt lebenden verheirateten Steuerpflichtigen lässt sich allerdings teilweise keine konzeptionelle Übereinstimmung zur Bevölkerungsstatistik herstellen, soweit sie unter die Einzelveranlagung fallen. Dann sind sie in der Steuerstatistik nicht unter den Ledigen (Einzelveranlagte) zu identifizieren, während sie in der Bevölkerungsstatistik als verheiratet eingestuft werden. Laut aktuellem Mikrozensus (2001) gibt es in Deutschland 300 000 getrennt lebende verheiratete Alleinerziehende,³⁰ zu den getrennt lebenden Verheirateten ohne Kinder gibt es keine Informationen; jedoch dürfte ein Teil dieser Personen dennoch eine gemeinsame Steuererklärung abgeben und somit nach der Splittingtabelle besteuert werden – die Finanzbehörden kontrollieren die Dauerhaftigkeit der Trennung nicht.³¹ Der damit verbundene Fehler ist also schwer abzuschätzen, er muss hier vernachlässigt werden.

Daneben umfasst der Datensatz auch nicht veranlagte Steuerfälle mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, für die lediglich die Lohnsteuerkarte vorliegt. In diesen Fällen orientiert sich die Einstufung nach dem Familienstand an der verwendeten Einkommensteuertabelle („Grundtabelle“ versus „Splittingtabelle“).

Kleinere Unstimmigkeiten zwischen Bevölkerungsstatistik und Einkommensteuerstatistik betreffen ferner:

- Personen, die sich überwiegend im Inland aufhalten („gewöhnlicher Aufenthalt“) und damit nach § 1 EStG ebenfalls unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind, jedoch nicht mit Wohnsitz gemeldet sind.³²
- Diplomaten und ihre Familienangehörigen sind in der Regel in ihrem Heimatland unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, auch wenn sie dort keinen Wohnsitz haben.

²⁹ Dies sind Verwitwete, die auch noch im Veranlagungsjahr, das dem Todesjahr des Partners folgt, nach dem Splittingverfahren besteuert werden.

³⁰ Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2001. Wiesbaden 2002, S. 63. http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2002/mikrozensus_2001.pdf

³¹ Laut Rechtsprechung und Kommentarliteratur zu § 26 EStG besteht eine dauerhafte Trennung nur dann, wenn die eheliche Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft über einen bestimmten Zeitraum nicht mehr besteht.

³² Neben „fahrendem Volk“ wie Schaustellern, Zigeunern oder Binnenschiffern betrifft dies bekanntlich auch Berufssportler, Künstler der Unterhaltungsbranche oder andere Personen im oberen Einkommensbereich, die ihren Wohnsitz aus steuerlichen Gründen ins Ausland verlegt haben, sich aber aus beruflichen Gründen häufig im Inland aufhalten.

Angesichts des geringen Gewichts dieser Gruppen können diese Abweichungen bei der Fortschreibung vernachlässigt werden.

Bei der Zusammenführung von Bevölkerungsstatistik und Einkommensteuerstatistik ist der Zeitrahmen beider Datengrundlagen zu beachten: Die Bevölkerungsstatistik weist den Jahresendbestand nach. Einkommensteuerpflichtig und – sofern sie aufgrund steuerlicher Einkünfte oder anderer steuerrelevanter Merkmale (vgl. § 46 EStG) veranlagt werden – im Datensatz der Einkommensteuerstatistik enthalten sind dagegen alle Personen, die im Verlauf des Veranlagungsjahrs im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben (§ 1 Abs. 1 EStG), letzteres unterstellt das Steuerrecht vor allem bei einem zeitlich zusammenhängenden Aufenthalt von mehr als 6 Monaten im Inland angenommen (§ 9 AO). D.h., die Einkommensteuerstatistik erfasst im Laufe des Jahres zugewanderte wie abgewanderte Personen, ferner umfasst sie auch im Laufe des Jahres geborene oder verstorbene Personen (jeweils sofern steuerpflichtige Einkünfte vorliegen). Hierzu wird folgendermaßen verfahren:

- Die *unter 55-Jährigen* Steuerpflichtigen werden auf die Bevölkerung am *Jahresende* bezogen.
- Die *älteren* Steuerpflichtigen werden auf die Bevölkerung am *Jahresanfang* bezogen.

Dies berücksichtigt die Geburten sowie die Zuwanderung in den jüngeren Altersgruppen im Laufe des Jahres, die Todesfälle und die Abwanderung des laufenden Jahres sind für die oben Altersgruppen ebenfalls erfasst, vernachlässigt wird jedoch die Abwanderung in den jüngeren sowie die Zuwanderung in den älteren Altersgruppen.

Die Berechnungen ergeben insgesamt plausible Erfassungsquoten für das Basisjahr 1995 (Tabelle 3-1). Insgesamt haben in Deutschland 55 % der Bevölkerung für dieses Jahr beim Finanzamt eine Steuererklärung oder die Lohnsteuerkarte abgegeben, mehr Männer als Frauen und mehr in den alten als in den neuen Bundesländern. In den mittleren Altersgruppen zeigen sich sehr hohe Erfassungsquoten (bei den Verheirateten auch in den jüngeren Altersgruppen), während sie in den Altersgruppen von 55 Jahren und älter deutlich abnehmen. Bei der Bevölkerung im Rentenalter geht die Steuerpflichtigenquote deutlich zurück, vor allem in den neuen Bundesländern. Dies liegt daran, dass aufgrund der bisher niedrigen Rentenbesteuerung nach dem Ertragsanteil nur die gut versorgten Rentner sowie die Pensionäre (Beamte, Betriebspensionäre) Einkommensteuer zahlen; die Ruheständler mit gesetzlichen Renten

werden in der Regel nicht zur Einkommensteuer veranlagt, wenn sie keine nennenswerten Vermögens- oder sonstigen Versorgungsbezüge haben.

Tabelle 3-1

**Erfassungsquoten Steuerstatistik¹⁾ zu Bevölkerungsstatistik²⁾
nach Familienstand und Alter 1995**

Altersgruppen	Früheres Bundesgebiet						Neue Bundesländer						Deutschland		
	Männer			Frauen			Männer			Frauen			insg.	Männer	Frauen
von ... bis unter ... Jahre	insg.	ledig	verheir.	insg.	ledig	verheir.	insg.	ledig	verheir.	insg.	ledig	verheir.			
0 - 15	0,3	0,3	0,0	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,1
15 - 20	20,7	20,5	92,4	17,2	16,2	78,1	16,4	16,4	0,0	13,0	12,9	30,9	18,0	19,7	16,2
20 - 25	57,5	55,0	94,5	59,0	51,8	91,9	52,6	51,6	71,9	50,5	46,9	70,9	57,1	56,6	57,6
25 - 30	74,8	68,6	90,9	74,9	64,0	87,4	68,8	61,5	86,4	73,5	56,9	88,9	74,2	73,8	74,7
30 - 35	82,0	74,5	88,2	81,4	63,0	89,9	78,7	66,4	87,6	84,5	66,6	91,1	81,7	81,4	82,0
35 - 40	84,8	78,5	87,7	86,2	66,1	92,6	81,3	63,2	88,4	86,7	69,2	91,4	85,2	84,2	86,3
40 - 45	85,8	76,9	88,7	84,7	66,7	89,8	84,9	69,3	89,3	88,6	74,1	92,2	85,5	85,6	85,5
45 - 50	87,3	78,8	89,6	85,1	65,9	90,4	85,4	59,9	91,2	86,8	63,4	92,5	86,2	86,9	85,4
50 - 55	88,3	80,6	90,3	84,8	65,8	90,3	86,0	54,5	92,1	80,8	58,1	86,6	86,0	87,9	84,0
55 - 60	83,1	72,5	85,4	73,7	54,3	79,7	68,2	38,8	73,2	56,5	37,0	62,7	75,2	80,2	70,2
60 - 65	68,6	66,8	68,9	52,8	36,3	59,8	36,3	18,9	38,9	20,1	8,6	25,3	54,0	62,2	46,1
65 - 70	52,1	63,9	50,0	38,8	29,9	44,8	16,8	15,1	17,1	7,6	3,5	10,6	38,6	45,8	32,5
70 - 75	51,1	68,5	47,5	35,7	28,4	44,9	9,1	6,8	9,6	4,6	3,4	6,4	35,2	44,3	30,0
75 - 80	51,1	65,2	47,3	30,7	26,3	41,6	5,8	4,4	6,2	3,6	2,8	5,8	31,8	43,9	25,8
80 - 85	51,0	62,2	45,7	25,5	22,9	39,6	4,8	3,2	5,7	2,1	2,0	3,0	27,8	43,5	21,2
85 u. älter	45,3	45,9	44,6	22,6	21,5	42,9	3,1	2,7	3,8	2,1	1,9	4,9	23,9	38,3	19,1
Insgesamt	59,8	40,4	80,0	53,4	30,1	80,7	49,8	29,5	70,0	43,5	20,0	70,2	54,6	57,9	51,5

1) Zusammen veranlagte verheiratete Steuerpflichtige werden als zwei Personen berücksichtigt. - 2) Die unter 55-jährigen Steuerpflichtigen werden auf die Bevölkerung am Jahresende bezogen, die ältern auf die die Bevölkerung am Jahresanfang.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Zur Fortschreibung der Steuerpflichtigen nach Familienstand und Alter werden diese Quoten auf die nach dem gleichen Muster fortgeschriebene Bevölkerung angelegt. Da bisher die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1998 nicht vorliegen, gibt es keine Anhaltspunkte dafür, wie sich die Relationen im Zeitverlauf geändert haben.³³ Es wird also unterstellt, dass die heutige oder künftige Bevölkerung in der jeweiligen Zelle von Tabelle 3-1 im gleichem Anteil in der Einkommensteuerstatistik auftaucht wie 1995.

Im Ergebnis der Fortschreibung nehmen die Steuerpflichtigen insgesamt leicht ab, dafür nehmen die ledigen Steuerpflichtigen deutlich zu und die Verheirateten ab (Tabelle 3-2). Nach einzelnen Altergruppen ergeben sich von 1995 bis an den aktuellen Rand erhebliche Verschiebungen – bedingt durch die teilweise deutlichen Unterschiede in der Besetzungen der Kohorten³⁴ (hier nicht dargestellt).

³³ Zum Vergleich mit den Quoten 1992 vgl. Quinke (2001), a.a.O., S. 66 ff., der ebenfalls die 1995er Quoten verwendet.

³⁴ Z.B. ist die Zahl der 55- bis unter 60-jährigen gegenwärtig wesentlich geringer als 1995, bedingt durch den Geburtenausfall während des zweiten Weltkrieges.

Tabelle 3-2

**Einkommensteuerpflichtige¹⁾ 1995 sowie 2001 bis 2003 (Fortschreibung)
nach Familienstand**

Jahr	Früheres Bundesgebiet						Neue Bundesländer						Deutschland			
	Männer			Frauen			Männer			Frauen			insg.	Männer	Frauen	
	insg.	ledig	verheir.	insg.	ledig	verheir.	insg.	ledig	verheir.	insg.	ledig	verheir.				
in Millionen																
1995	19,4	6,7	12,7	18,3	5,6	12,7	3,8	1,1	2,7	3,5	0,9	2,6	44,9	23,2	21,8	
2001	19,4	7,3	12,1	18,0	5,9	12,1	3,6	1,3	2,3	3,3	1,0	2,3	44,3	23,0	21,3	
2002	19,4	7,4	12,0	18,0	6,0	12,0	3,6	1,4	2,2	3,3	1,0	2,2	44,2	23,0	21,2	
2003	19,4	7,5	11,9	17,9	6,0	11,9	3,6	1,4	2,2	3,3	1,1	2,2	44,2	23,0	21,2	
Veränderung in % gegenüber 1995																
2001	-0,2	8,9	-5,0	-1,5	6,3	-4,9	-3,4	20,7	-13,5	-5,4	18,8	-13,2	-1,4	-0,7	-2,2	
2002	-0,2	10,4	-5,8	-1,8	7,4	-5,8	-3,8	23,8	-15,3	-6,0	22,1	-15,1	-1,6	-0,8	-2,4	
2003	-0,2	12,0	-6,6	-1,9	8,6	-6,5	-4,1	26,9	-17,0	-6,5	25,5	-16,8	-1,7	-0,8	-2,6	

1) Zusammen veranlagte verheiratete Steuerpflichtige werden als zwei Personen berücksichtigt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

3.3 Steuerpflichtige nach Erwerbsstatus

Die Fortschreibung der Steuerpflichtigen nach dem Erwerbsstatus wird nach dem gleichen Schema wie die Fortschreibung nach dem Familienstand durchgeführt: Die Einkommensteuer-Stichprobe wird nach den relevanten Kategorien des Erwerbsstatus sowie nach Altersgruppen tabelliert, jeweils getrennt nach alten und neuen Ländern, und auf die entsprechend aufbereitete Bevölkerungsfortschreibung (vgl. Abschnitt 2.2 und 2.3) bezogen.

Im Gegensatz zur Fortschreibung nach dem Familienstand ist eine Aufbereitung der Steuerstatistik nach dem Erwerbsstatus aufwändiger. Unterschieden werden als relevante Gruppen:

- Selbständige (Landwirte, Gewerbetreibende, Freiberufler),
- sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer,
- Beamte,
- Nichterwerbstätige (Erwerbslose, Nichterwerbspersonen).

Diese Gruppierung ist sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Steuerstatistik und Mikrozensus (der Fortschreibungsgrundlage für die Bevölkerung nach dem Erwerbsstatus, vgl. oben, Abschnitt 2.2 und 2.3). Die Erwerbslosen und Rentner können nicht gesondert fortgeschrieben werden, da ihre Einstufung im Mikrozensus häufig nicht eindeutig ist (Haushaltskonzept) und sie in der Steuerstatistik nur zum kleineren Teil repräsentiert sind (wegen der Steuerfreiheit der Lohnersatzleistungen und niedriger Ertragsanteilsbesteuerung). Die Versorgungsempfänger werden ebenfalls unter den Nichterwerbstätigen erfasst, obgleich sie

weitgehend (lohn-)steuerpflichtig sein dürften und somit in der Steuerstatistik erfasst sind. Ebenso wird bei nicht erwerbstätigen Personen mit Vermögenseinkünften verfahren.

Zusammen veranlagte Ehepaare werden erneut als zwei Personen gezählt (vgl. den vorangehenden Abschnitt 3-1). Dies ist möglich, da die für die Gruppierung nach Erwerbsstatus notwendigen Informationen zu den einzelnen Einkunftsarten gesondert für Mann und Frau vorliegen.

Zu lösen ist die Aufteilung der betrachteten vier Gruppen in der Steuerstatistik. In Anlehnung an ähnliche Vorgehensweisen in Steuerstatistik, Mikrozensus und anderen Haushaltsstichproben erfolgt die Einstufung nach der überwiegenden Einkunftsart:

- Zunächst werden *Erwerbseinkünfte* aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger und nichtselbständiger Arbeit berechnet. Unberücksichtigt bleiben dabei die für diese drei Gewinneinkunftsarten gesondert nachgewiesenen Einkünfte aus Beteiligungen, soweit sie eher Kapitalanlagecharakter haben und daher häufig bei Arbeitnehmern oder Nichterwerbstätigen auftauchen, sowie Veräußerungsgewinne, die einmalige außerordentliche Einkünfte darstellen. Bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit werden die Versorgungsbezüge herausgerechnet, es wird also nur auf die „aktiven“ Arbeitseinkommen abgestellt.
- Auf dieser Grundlage kann man im ersten Schritt gemäß der überwiegenden Einkunftsart eine Klassierung nach Selbständigen versus abhängig Beschäftigten vornehmen.
- Dabei tritt indes das Problem auf, dass die Selbständigeneinkünfte häufig negativ sind. Da hier die Einkünfte aus Beteiligungen bereits unberücksichtigt blieben, kann unterstellt werden, dass es sich hierbei im Regelfall um „echte“ wirtschaftliche Verluste handelt. In diesen Fällen ist aber davon auszugehen, dass auch Verluste auf die Haupterwerbstätigkeit hindeuten. Hierzu wird so verfahren, dass im Falle von insgesamt negativen Erwerbseinkünften die Einkunftsart mit dem höchsten Absolutbetrag den Ausschlag gibt. Hat ein Steuerpflichtiger z.B. Verluste aus Gewerbebetrieb in Höhe von 50 000 DM, Verluste aus Land- und Forstwirtschaft in Höhe von 10 000 DM und positive Arbeitseinkünfte von 20 000 DM, so wird er als Gewerbetreibender und somit als Selbständiger eingestuft.
- Diese Korrektur ist allerdings dann problematisch, wenn Arbeitnehmer mit hohem Arbeitseinkommen noch höhere Verluste im gewerblichen oder landwirtschaftlichen Gewand haben. Dann liegen Aktivitäten im Umfeld von Steuergestaltung oder Liebhaberei nahe.

Hierzu wurde so verfahren, dass die vorgenannte Korrektur nur greift, wenn eventuell vorhandene Arbeitseinkommen der Steuerpflichtigen unter 100 000 DM liegen – einem Einkommen, ab dem sich die Beteiligung an Steuersparmodellen zu lohnen beginnt.

- Im nächsten Schritt werden die Arbeitnehmer aufgeteilt auf Beamte und sonstige Arbeitnehmer (im Sinne von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die geringfügig Beschäftigten wurden schon 1995 nicht veranlagt, heute unterliegen sie auch nicht mehr der Pauschalbesteuerung). Grundsätzlich lässt sich dies anhand der Information über die Vorsorgeaufwendungen vornehmen: Beamte erhalten nur die gekürzte Vorsorgepauschale. Da allerdings auch gutverdienende Manager mit Versorgungszusage sowie Pensionäre und Altersrentner mit steuerpflichtigen Lohneinkommen die gekürzte Vorsorgepauschale erhalten, wird diesbezüglich auf hohe Arbeitseinkommen (über 150 000 DM) sowie das Vorliegen von Versorgungsbezügen und Leibrenten kontrolliert.
- Schließlich werden „Erwerbstätige“ unter 14 Jahren den Nichterwerbstätigen zugeschlagen, ferner werden die relativ vielen älteren Arbeitnehmer mit geringen Arbeitseinkommen (unter 7 000 DM im Jahr) den Nichterwerbstätigen zugeschlagen – diese Gruppe ist beim Vergleich mit dem Mikrozensus überrepräsentiert, es ist anzunehmen, dass sich dieser Personenkreis in dieser Stichprobe als Nichterwerbstätige einstufen wird.

Mit diesem Verfahren ergeben sich überwiegend plausible Erfassungsquoten zwischen Steuerstatistik 1995 und fortgeschriebener Bevölkerung. Durch Anwendung dieser Quoten auf die fortgeschriebene Bevölkerung nach dem Erwerbsstatus ergeben sich die Vorgabewerte für die Steuerpflichtigen (Tabelle 3-3). Insgesamt ergibt sich wieder der Rückgang der Steuerpflichtigen insgesamt. Dabei nehmen die nichterwerbstätigen Steuerpflichtigen deutlich zu, während die erwerbstätigen Steuerpflichtigen entsprechend abnehmen. Diese Ergebnisse spiegeln die schwache Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation der letzten Jahren bis an den aktuellen Rand wieder.

Tabelle 3-3

**Einkommensteuerpflichtige¹⁾ 1995 sowie 2001 bis 2003 (Fortschreibung)
nach Erwerbsstatus**

Jahr	Früheres Bundesgebiet										Neue Bundesländer									
	Männer					Frauen					Männer					Frauen				
	insg.	Nichter- werbst.	Selbst.	Arbeit- nehmer	Beamte	insg.	Nichter- werbst.	Selbst.	Arbeit- nehmer	Beamte	insg.	Nichter- werbst.	Selbst.	Arbeit- nehmer	Beamte	insg.	Nichter- werbst.	Selbst.	Arbeit- nehmer	Beamte
in Millionen																				
1995	19,4	3,1	2,0	12,7	1,6	18,3	7,6	0,8	9,1	0,7	3,8	0,4	0,3	2,9	0,1	3,5	0,7	0,1	2,6	0,1
2001	19,4	3,7	2,0	12,4	1,2	18,0	7,4	0,8	9,1	0,6	3,6	0,5	0,4	2,6	0,2	3,3	0,7	0,2	2,4	0,1
2002	19,4	3,8	2,0	12,3	1,2	18,0	7,4	0,8	9,1	0,6	3,6	0,5	0,4	2,6	0,2	3,3	0,7	0,2	2,3	0,1
2003	19,4	3,8	2,0	12,3	1,2	17,9	7,3	0,9	9,2	0,6	3,6	0,5	0,4	2,6	0,2	3,3	0,7	0,2	2,3	0,1
Veränderung in % gegenüber 1995																				
2001	-0,2	22,3	-1,7	-2,6	-22,4	-1,5	-3,3	1,7	0,5	-11,6	-3,4	20,2	20,1	-10,8	32,0	-5,4	-0,1	21,4	-9,0	15,9
2002	-0,2	24,4	-1,3	-3,1	-22,9	-1,8	-3,9	1,9	0,5	-12,6	-3,8	25,5	18,3	-11,7	31,0	-6,0	1,6	19,7	-10,1	14,3
2003	-0,2	26,1	-1,1	-3,4	-23,8	-1,9	-4,6	3,0	0,8	-13,4	-4,1	24,6	16,8	-11,9	33,1	-6,5	1,4	19,7	-10,7	16,6

1) Zusammen veranlagte verheiratete Steuerpflichtige werden als zwei Personen berücksichtigt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

3.4 Konsistente Anpassung der Mikrodaten auf die Rahmenvorgaben

Wie in den vorangehenden Abschnitten beschrieben werden die Steuerpflichtigen nach folgenden sozio-ökonomischen Merkmalen fortgeschrieben:

- Familienstand nach Geschlecht, Gebiet (West/Ost) und Altersklassen,
- Status im Erwerbsleben nach Geschlecht, Gebiet (West/Ost) und Altersklassen.

Das verwendete Basisdatenmaterial (Bevölkerungsstatistik, veröffentlichte Tabellen des Mikrozensus) sowie die Fortschreibung (vgl. oben, Abschnitt 2.2 und 2.3) erlaubt keine vollständige Kreuztabellierung aller Merkmale. Hinzu kommt, dass die Ehepaare auch in der fortgeschriebenen Datengrundlage als ein Steuerpflichtiger erhalten werden müssen, um sie gemeinsam veranlagen zu können, während die Rahmendaten auf Personenebene vorgegeben werden: Statt Ehepaare werden verheiratete Männer und Frauen betrachtet, was den Vorteil hat, dass die Vorgaben nach den oben genannten sozio-ökonomischen Merkmalen differenziert werden können.

Dadurch entsteht die Notwendigkeit, den Einzeldatensatz konsistent auf die verschiedenen Vorgabe-Randverteilungen anzupassen. Ein übliches Verfahren hierzu ist die simultane Anpassung der Fallgewichte nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes.³⁵ Dabei wird auf Grundlage des informationstheoretischen Entropiemaßes einer diskreten Verteilung eine Distanzfunktion zum Informationsverlust beim Austausch der Fallgewichte definiert.

³⁵ Vgl. Joachim Merz: Microdata adjustment by the minimum information loss principle. FFB-Discussion Paper No. 10, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg 1994.

Diese Funktion wird anschließend unter der Bedingung minimiert, dass die mit Hilfe der Fallgewichte geschätzten Gesamtwerte den Vorgabewerten der fortgeschriebenen Merkmalen entsprechen.³⁶ Zur numerischen Lösung des nichtlinearen Gleichungssystems wird eine leistungsfähige Software eingesetzt.³⁷

4 Fortschreibung der steuerpflichtigen Einkünfte und steuerrelevanten Ausgaben

Da das „Mengengerüst“ der Steuerpflichtigen gesondert fortgeschrieben wird (vgl. den vorangehenden Abschnitt 3), interessiert für die Fortschreibung der steuerlichen Einkünfte und Ausgabenpositionen letztlich die Entwicklung der Werte je Steuerpflichtigen. Dazu werden folgende Informationsquellen verwendet (vgl. auch oben, Abschnitt 2.4):

- Die Entwicklung der relevanten Einkommen- und Ausgabengrößen von 1995 bis an den aktuellen Rand wird im Wesentlichen aus Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) abgeleitet.
- Für die Jahre 2002 und 2003 fließen die Vorausschätzungen des Gemeinschaftsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2002³⁸ zu den wesentlichen Einkommensaggregaten VGR ein.
- Die Prognose der Einkommensentwicklung von 2004 bis 2008 orientiert sich an der oben getroffenen Vorgabe zur Produktivitätsentwicklung zuzüglich Inflationsrate (Abschnitt 2.4).
- Die steuerrelevanten Ausgaben werden im Wesentlichen in Anlehnung an die vergangene bzw. prognostizierte Entwicklung des Verbraucherpreisindex fortgeschrieben.

³⁶ Durch die strenge Konvexität dieser Funktion ist die Eindeutigkeit der Lösung des Optimierungsproblems sichergestellt. Eine Bedingung für eine Lösung ist jedoch, dass die Verteilung der einzelnen Merkmale in der Stichprobe linear unabhängig ist, d.h., die Ausprägungen eines Merkmals dürfen sich nicht durch Linearkombinationen aus anderen Ausprägungen ermitteln lassen. Dazu muss man einzelne Restriktionen weglassen.

³⁷ Adjust – adjustment of microdata by the minimum information loss principle. Version 1.1. Prof. Dr. Joachim Merz, University of Lüneburg, Department of Economics and Social Sciences. <http://ffb.uni-lueneburg.de/adjust/english.html>. Dieses Verfahren wird neuerdings vom Statistischen Bundesamt zur Hochrechnung von Stichproben eingesetzt. Vgl. Carola Kühnen, Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchstichprobe 1998. Statistisches Bundesamt, Methodenberichte 1/2001, S. 17 ff.

³⁸ A.a.O., Fn. 18.

Die Fortschreibungsfaktoren werden grundsätzlich für Deutschland insgesamt vorgegeben, lediglich die Leibrenten werden nach alten und neuen Ländern getrennt angepasst – aufgrund der deutlich unterschiedlichen Anpassung der gesetzlichen Renten in den letzten Jahren.

Im Einzelnen wurden folgende Fortschreibungsfaktoren verwendet (Tabelle 4-1):

- Die Entwicklung des nominalen BIP und der Verbraucherpreise wird der VGR bzw. der Fortschreibung (vgl. oben, Abschnitt 2.4, Tabelle 2-8) entnommen.
- Von erheblichem Gewicht für das Einkommensteueraufkommen ist die Lohnentwicklung. Für den Zeitraum bis 2001 stellt die Fortschreibung auf den Tariflohnindex der Bundesbank³⁹ ab; auch die Bruttolöhne- und -gehälter laut VGR entwickeln sich in dieser Größenordnung, wenn man sie auf das Arbeitsvolumen bezieht. Demgegenüber lag der durchschnittliche Lohnanstieg je beschäftigten Arbeitnehmer in VGR-Abgrenzung deutlich niedriger (8 % statt 13 %) – hierin kommt die deutliche Zunahme der geringfügigen Beschäftigung seit Mitte der 90er Jahren zum Ausdruck. Da die geringfügig Beschäftigten steuerlich irrelevant sind und auch bei der Fortschreibung der Steuerpflichtigen nicht berücksichtigt wurden, bietet es sich an, für die Lohnfortschreibung je Steuerpflichtigen auf die Tariflohnentwicklung bzw. die Stundenlöhne abzustellen. Für den Projektionszeitraum bis 2008 werden die Löhne gemäß den Annahmen des Gemeinschaftsgutachtens vom Herbst 2002 sowie den oben abgeleiteten Vorgaben zu Produktivitätsentwicklung plus Inflationsrate fortgeschrieben.
- Die Anpassungen bei Beamtenbesoldung und Versorgungsbezügen der Pensionäre werden für die Vergangenheit in kalenderjährliche Veränderungsraten umgerechnet. Über den Projektionszeitraum bis 2008 werden diese Einkünfte mit der Lohnentwicklung fortgeschrieben.
- Zur Fortschreibung der Gewinneinkommen (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit) wird für den Zeitraum bis 2001 auf das Aggregat Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen der privaten Haushalte aus der VGR abgestellt. Für die Jahre 2002 und 2003 wird auf die Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen insgesamt laut Gemeinschaftsgutachten der Institute vom Herbst 2002 zurück gegriffen. Von 2004 an orientiert sich die Fortschreibung an der Entwicklung des nominalen BIP. Zusätzlich werden die Gewinneinkommen in den Jahren 2000 und 2003 um 10 %

bzw. 5 % angehoben. Damit soll der Ausweitung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen im Zuge der Steuerreformen pauschal Rechnung getragen werden.⁴⁰

- Negative Einkünfte (Verluste) aus den Gewinneinkunftsarten werden gesondert fortgeschrieben. Hierzu wird unterstellt, dass die Verluste gegenüber dem Niveau von 1995 zunächst konstant bleiben, sich dann von 2000 an zurück bilden.
- Zur Fortschreibung der Kapitaleinkommen wird bis 2001 die Entwicklung der empfangenen Vermögenseinkommen der privaten Haushalte laut VGR verwendet.
- Bei den Vermietungseinkünften wird für die Entwicklung bis 2001 auf den Bruttobetriebsüberschuss des Sektors Grundstücks- und Wohnungswesen laut VGR abgestellt. Für die Zukunft wird mit unterdurchschnittlichen Einkommenszuwächsen gerechnet.
- Analog zu den Gewinneinkunftsarten werden auch die negativen Einkünfte (Verluste) aus Vermietung und Verpachtung gesondert fortgeschrieben. Diese haben ein erhebliches Gewicht für das Steueraufkommen.⁴¹ Hierzu wird unterstellt, dass die Verluste gegenüber dem Niveau von 1995 zunächst noch zunehmen und sich von 2000 an zurück bilden.
- Da die Leibrenten zum ganz überwiegenden Teil aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen, werden sie bis 2001 anhand der Rentenanpassungen fortgeschrieben, die dazu in kalenderjährliche Veränderungsrate umgerechnet werden. Für die Entwicklung bis 2008 wird eine im Vergleich zu den Bruttolöhnen niedrigere Anpassung unterstellt.
- Steuerrelevante Ausgabenpositionen werden im Regelfall mit dem Verbraucherpreisindex fortgeschrieben. So wird z.B. bei den (erhöhten) Werbungskosten verfahren, sofern sie nicht für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte anfallen. Bei den nachgewiesenen Werbungskosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wurde die Neuregelung zur Entfernungspauschale berücksichtigt.

³⁹ Tariflohnindex für die Gesamtwirtschaft (einschl. aller Nebenvereinbarungen) auf Monatsbasis.

⁴⁰ Als wesentliche Maßnahmen der letzten Jahre sind hier zu nennen: Einführung eines Wertaufholungsgebots, Einschränkung der Teilwertabschreibung und der Bildung von Rückstellungen, Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen (Senkung des degressiven Abschreibungssatzes für bewegliche Wirtschaftsgüter von 30 % auf 20 %, Senkung des linearen Abschreibungssatzes für Betriebsgebäude von 4 % auf 3 %), Abzugsverbot von Verlusten aus ausländischen Betriebsstätten in DBA-Staaten. Von 2003 sind weitere Verschärfungen bei der Gewinnermittlung geplant.

⁴¹ Im Jahre 1995 standen positiven Einkünften aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 30,7 Mrd. DM Verluste von 67,1 Mrd. DM gegenüber, so dass sich per Saldo ein Verlustbeitrag von 36,3 Mrd. DM ergibt.

Die übrigen hier nicht explizit aufgeführten Einkommens- und Ausgabenpositionen werden mit einer für die jeweilige Größe abgeleiteten Zeitreihe fortgeschrieben. Wesentliche Leitdaten hierzu sind die Entwicklung der Löhne, des nominalen BIP oder des Verbraucherpreisindex.

Tabelle 4-1

Fortschreibungsfaktoren für steuerpflichtige Einkünfte und steuerrelevante Ausgaben

	1995	1998	2001	2002 ¹⁾	2003 ¹⁾	2004 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾	jahresdurchschnittliche Veränderung in %													
											1995/ 2001	2008/ 2001	2008/ 2003											
Bruttoinlandsprodukt nominal Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	3,1%	2,0%	2,1%	2,6%	3,6%	3,5%	3,8%	3,6%	3,6%	100,0	107,1	115,0	117,4	120,5	124,8	129,2	134,2	139,0	143,9	2,4%	3,3%	3,6%	
Bruttolöhne Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	1,8%	2,0%	2,6%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%	100,0	105,8	113,0	115,9	119,5	123,3	127,1	131,1	135,2	139,4	2,1%	3,0%	3,1%	
Beamtenbesoldung/-versorgung Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	1,5%	2,2%	2,6%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%	3,1%	100,0	106,1	112,0	114,9	118,5	122,2	126,0	130,0	134,0	138,2	1,9%	3,0%	3,1%	
Gewinneinkommen positiv Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	-0,2%	2,2%	1,9%	4,7%	3,6%	3,5%	3,8%	3,6%	3,6%	100,0	107,2	118,6	120,8	126,5	131,1	135,7	140,9	146,0	151,2	2,9%	3,5%	3,6%	
Gewinneinkommen negativ Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	0,0%	-13,6%	-5,3%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0	100,0	95,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	-0,9%	-0,8%	0,0%
Kapitaleinkommen Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	9,0%	7,0%	1,0%	2,0%	3,6%	3,5%	3,8%	3,6%	3,6%	100,0	118,6	146,5	148,0	151,0	156,4	161,9	168,1	174,2	180,4	180,4	6,6%	3,0%	3,6%
Vermietung/Verpachtung positiv Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	2,5%	2,5%	1,5%	1,6%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	100,0	113,0	118,5	120,3	122,2	124,0	125,9	127,8	129,7	131,6	131,6	2,9%	1,5%	1,5%
Vermietung/Verpachtung negativ Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	0,0%	-10,0%	-5,6%	-5,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0	110,0	90,0	85,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0	-1,7%	-1,7%	0,0%
Leibrenten West Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	1,0%	1,3%	2,0%	2,3%	2,8%	2,8%	2,8%	2,8%	2,8%	100,0	103,1	106,4	108,5	111,1	114,2	117,4	120,7	124,1	127,5	127,5	1,0%	2,6%	2,8%
Leibrenten Ost Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	3,2%	1,4%	2,5%	2,3%	2,8%	2,8%	2,8%	2,8%	2,8%	100,0	113,4	119,0	122,0	124,8	128,3	131,9	135,6	139,4	143,4	143,4	2,9%	2,7%	2,8%
Verbraucherpreisindex Veränderung Vorjahr in % Indexreihe 1995 = 100	100,0	1,0%	2,5%	1,5%	1,6%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	100,0	104,3	109,6	111,2	113,0	114,7	116,4	118,2	120,0	121,8	121,8	1,5%	1,5%	1,5%

1) Fortschreibung auf Grundlage des Gemeinschaftsgutachten vom Herbst 2002.- 2) Eigene Fortschreibung.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.